

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

154 (7.7.1914)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 s, vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 s; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 10 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Co., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den diesjährigen

Parteitag

auf Sonntag, den 13. September, abends 8 Uhr,

nach dem Guttenbacher Garten in Würzburg, Birkwiesstraße 2, ein.

Die Eröffnung und die Konstituierung des Parteitages werden am 13. September stattfinden.

Die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung soll am Montag, den 14. September, zu Beginn der Sitzung, vorgenommen werden.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes.
 - a) Allgemeines. Referent: L. Ziegl.
 - b) Kassenbericht. Referent: D. Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: W. Bod.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Ref.: E. Bogtherr.
4. Militärstaat und Demokratie. Referent: Dr. Lentzsch.
5. Wirtschaftspolitik und Koalitionsrechtsfrage. Referent: S. Wolfenbühr.
6. Bericht vom Internationalen Kongress in Wien. Referent: S. Saase.
7. Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1915 stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge der Parteioptionen müssen spätestens am 15. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Absatz 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstande die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

J. Schäfer, Würzburg, Semmelstraße 46, I.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau verhandt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Berlin, den 6. Juli 1914

Der Parteivorstand.

Wer tobt?

„Es kommt alles auf die Darstellung an“ denkt die reaktionäre Presse mit Einschluß der regierungsaffizierten „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und läßt dem Kriegsminister und dem Staatsanwalt einen großen Erfolg zuschreiben. Da sind die verruchten Pläne der Umstürzer noch einmal an der Wachsamkeit und Entschlossenheit der Behörden gescheitert und jetzt sieht die Sozialdemokratie voller Entzücken, wie ihr die Felle weggeschwommen. Der Beschluß des Gerichts, die Verhandlung gegen Rosa Luxemburg zu vertagen, ist ihr, nach der Versicherung der „Norddeutschen Allgemeinen“ auf die Nerven gefallen; der Freiherr von Zedlitz konstatiert, daß ihre Presse in ein Wutgeheul ausgebrochen sei und nach der „Kreuzzeitung“ haben die Notizen gar einen Tobsuchtsanfall bekommen.

Solche Behauptungen können sich diese Blätter leisten, weil sie einigermaßen sicher sind, daß kaum einer ihrer Leser eine sozialdemokratische Zeitung in die Hand nimmt, um sich darüber zu vergewissern, wie ein Tobsuchtsanfall

ausieht. Aber man sollte doch schließlich meinen, daß auch ein naives Gemüt sich die Frage vorlegen müßte, welchen Grund wir denn zu einer so furchtbaren Enttäuschung haben sollen. Eine sozialdemokratische Rednerin ist wegen Beleidigung des Offizierskorps und Unteroffizierskorps unter Anklage gestellt. Sie bringt eine Schar von Zeugen bei, die beweisen sollen, daß die von ihr behaupteten Dramen sich tatsächlich in den deutschen Kasernen abspielen. Ehe diese Zeugen aufmarschieren, vertagt das Gericht einem Antrag des Staatsanwalts folgend die Verhandlung auf unbestimmte Zeit.

Sieht das wirklich wie eine Niederlage aus? Und ist es ein Wutgeheul, wenn wir die Meinung aussprechen, daß Staatsanwalt und Kriegsminister hier ein Fiasko erlitten haben und sich, um schlimmeres zu verhüten, zunächst hinter die ihrer wohlbegründeten Meinung nach sichereren Wälle der Militärgerichtsbarkeit zurückziehen. Der Brief, den der Herr von Falkenhayn an den Staatsanwalt Hagemann gerichtet hat, machte mit seinen unwürdigen Bemerkungen über die Ueberflüssigkeit der Zeugenvernehmungen nicht gerade den Eindruck, als ob der Minister sich als Sieger auf der ganzen Linie fühle, und daß zum Triumph feinerer Veranlassung vorliege, haben ihm ja schon gleich nach dem ersten Verhandlungstag einwandfreie Patrioten bestätigt, indem sie die Frage aufwarfen, ob es denn wirklich notwendig gewesen sei, diesen Prozeß anzufangen.

Der, der sich beleidigt fühlt, hat doch wohl das stärkste Interesse daran, den Beleidiger möglichst bald bestraft zu sehen. Wenn nun plötzlich Umstände eintreten, die die Erfüllung dieses Wunsches auf einen unbekanntem Termin verschieben, so gehört schon außerordentlich viel Unverfrorenheit dazu, das als einen Erfolg des Klägers zu buchen. Man hatte es sich doch so hübsch einfach vorgestellt: die Behauptung, daß sich in den Kasernenstuben Dramen abspielen, ist eine Ehrenkränkung, die überhaupt nicht bewiesen werden kann; das Gericht braucht zur Not überhaupt keine Zeugen zu vernehmen und bestraft die unbekanntem Kritikerin wegen formaler Beleidigung unter Ausschluß des Wahrheitsbeweises. Wenn es nicht so gekommen ist, hat doch die Sozialdemokratie wahrhaftig noch am allerwenigsten Anlaß, tobsüchtig zu werden.

Aber, so berichtet man, die Absicht der Sozialdemokratie ging auf die Verhetzung der Mannschaften gegen ihre Vorgesetzten und die Lockerung der Disziplin. Es sollte wie die „Kreuzzeitung“ sagt, in breiter Öffentlichkeit eine wüste Sege entfaltet werden oder, wie das Kanzlerblatt ausführt, zu dessen Ehre wir annehmen, daß es zu dumm ist, um die Unverschämtheit seiner Darstellung zu begreifen, durch Zeugen eine Menge von unbewiesenen Behauptungen in die Öffentlichkeit geschleudert werden, um dort auf die Massen zu wirken.

Selbstverständlich verfolgte die Verteidigung den Plan, mit einer gewaltigen Masse von Beweismaterial die Anklage zu ersticken und gleichzeitig die Gelegenheit zu benutzen, vor den Augen der Öffentlichkeit im Zusammenhange ein Bild von den Zuständen in den deutschen Kasernen zu entrollen. Daß dies eine gute, ehrenwerte, ja geradezu eine nationale Absicht ist, kann nur der bestreiten, der entweder die Tatsache der gehäuften und sorgföhrten Soldatenmißhandlungen leugnet, oder der glaubt oder glauben machen will, daß an dem verabscheuungswürdigen System irgend etwas geändert werden könnte, wenn nicht die öffentliche Meinung zur Empörung angezapelt wird.

Man soll uns doch mit dem heuchlerischen Einwand versehen, daß eine Verteidigung, der es wirklich um die Beseitigung des Übels zu tun wäre, die ihr bekannt gewordenen Fälle der zuständigen Militärgerichtsbarkeit übergeben hätte. Die Kriegsgerichte haben sich als völlig unzureichend erwiesen. Sie sind nicht in der Lage, die Soldaten vor ihren Peinigern zu schützen. So lange auch schwere Mißhandlungen mit ein paar Tagen Mittelarrest geführt werden, haben die Menschenfinder keine Angst, und haben die Offiziere keine Veranlassung, besser als bisher darüber zu wachen, daß die „Ehre des königlichen Kocks“ nur ein gemeiner Soldat ist. Es war einfach die Pflicht der Verteidigung, den Versuch zu machen, einmal vor einem Zivilgericht festzustellen, daß die Mißhandlungen im Heere noch viel umfangreicher und schändlicher sind, als es nach den durch die Militärgerichte an die Öffentlichkeit kommenden Fälle den Anschein hat, und wenn der Staatsanwalt im Wunde mit dem Kriegsminister diese Klarstellung dadurch verhindern will, daß er die Aussagen der Zeugen zunächst einer kriegsgerichtlichen Prüfung unterziehen läßt, so ist das für die Sozialdemokratie nur ein Beweis dafür, daß man die Verhandlungen vor dem Zivilgericht zu scheuen hat. Und nicht für die Sozialdemokratie allein, sondern doch wohl für alle diejenigen, die mit ihr der Meinung sind, daß es für die Militärverwaltung keine heiligere Aufgabe geben sollte, als die deutsche Armee von dem Schandfleck der Soldatenmißhandlungen zu befreien.

Was will man aber nun schließlich mit all dem erreichen? Gut, es werden noch ein paar von denen, über die die sozialdemokratischen Zeugen etwas auszusagen wissen, vom Kriegsgericht freigeprochen. Nach dem altentenden

Strafrecht ist damit für die Genossin Luxemburg in diesen Fällen der Beweis der Wahrheit ausgeschlossen. Aber gibt es denn nicht auch ohnedies Beweise in Gülle und Fülle für die Berechtigung ihrer Behauptung? Tagaus, tagein werden sie geliefert und wenn der Staatsanwalt auch nicht zugestehen will, daß eine Ohrfeige, ein Fußtritt, ein Jagdhieb, ein Drama ist, so wird er sich darüber klar werden müssen, daß das Volk für solche Wortspielereien nicht das geringste Verständnis besitzt. Wir jedenfalls sind mit dem bisherigen Verlauf des Prozesses durchaus zufrieden und diejenigen, die es als eine Niederlage für die Sozialdemokratie ansichreiben, daß sie durch den Rückzug der Staatsanwaltschaft vorläufig daran gehindert ist, ihr Beweismaterial im Gerichtsjaal auszubreiten und damit eine Agitation zu entfalten, zu der doch erst die Anklage Gelegenheit geboten hat, werden mit ihren Täuschungs- und Entstellungsvorhaben wenig Freude erleben.

Deutsche Politik.

Polizisten und Reserveoffiziere.

Ein Prozeß, der am letzten Samstag vor dem Schöffengericht Berlin Mitte verhandelt wurde, hat wieder einmal ein hübsches Licht auf das Auftreten gesetzlicher Hüter der Ordnung geworfen.

Zwei ostelbische Rittergutsbesitzer und Reserveoffiziere waren bei einem Besuch Berlins im Januar nächster Woche mit einem Chauffeur in Konflikt geraten. Ein in der Nähe stehender Schutzmänn schritt nicht ein, obwohl nach den — richtigen oder falschen — Angaben der beiden Landwirte Kollegen des Chauffeurs eine drohende Haltung gegen sie einnahmen. Einer der Beteiligten ging dann auf den Schutzmänn zu und fragte ihn: „Weshalb kommen Sie nicht, wenn ich Sie um Hilfe anrufe?“

Wir nehmen als ausgemacht an, daß diese Frage in recht ostelbischer Tone gestellt wurde, aber das gab dem Schutzmänn noch kein Recht, zu der Erwiderung, daß er nur einschreite, wenn er „Herr“ Schutzmänn genannt werde und den Gutsbesitzer zu verhaften, nachdem dieser mit Rücksicht auf seine Reserveoffizierszugehörigkeit die Beobachtung dieses Zeremoniells abgelehnt hatte. Nach Aussagen sämtlicher Zivilzeugen wurde der Mann, der sich beim Schutzmänn beschwert hatte, dann im Laufschritt zur Polizeiwache gebracht, oder wie er sich selbst vor Gericht ausdrückte, geschleift. Sein Freund wollte ihn beruhigen und legte ihm die Hand auf den Arm. Sofort aber wurde auch er für verhaftet erklärt und mit eisernen Handschellen in einer Weise gefesselt, daß er in den Schmerzensruf ausbrach: „Sie zerschneiden mir ja die Pulsadern!“ Die beiden Verhafteten machten mehrfach den Versuch, sich zu legitimieren, sie wurden jedoch unter heftigen Pfiffen und Schlägen zur Polizeiwache gebracht und dort blutig gefesselt.

Eine Strafanzeige, die die Gutsbesitzer gegen die Schutzleute erstatteten, wurde vom Staatsanwalt mit dem Bemerkten abgelehnt, daß die Beamten laut ihrer eigenen Befundung zur Verhaftung verpflichtet gewesen seien, und daß von einer Ueberreichung der Amtsgewalt nicht die Rede sein könne. Dafür aber wurden die beiden Verhafteten wegen Beamtenbeleidigung, Widerstands gegen die Staatsgewalt, tätlichen Angriffs auf Beamte und Versuch der Gefangenenbefreiung angeklagt. Der eine von ihnen ist am Samstag zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt, der andere freigesprochen worden. Bei der Urteilsbegründung erklärte der Vorsikende, es sei ihm in seiner Praxis ein derartiges Vorgehen von Polizeibeamten noch nicht vorgekommen. Es sei geradezu unerhört, wie die Schutzleute sich aufgeführt hätten.

Die beiden Angeklagten konnten jedenfalls von Glück sagen, daß sie Rittergutsbesitzer und Reserveoffiziere waren. Angeklagten und Zeugen aus der Arbeiterklasse hätte man es wohl nicht so leicht geglaubt, daß Schutzleute in derartiger brutaler Weise vorgehen. Wieviele „Dramen“ — wenn dieses Wort noch gestattet ist — spielen sich in der Heimlichkeit der Polizeiwachen ab, von denen das Gericht und von denen die Öffentlichkeit nichts erfährt!

Ein ominöses Königsgeburtstagsgeschenk.

Aus irgend einem Grunde hatte der Münchener Oberbürgermeister Dr. v. Borjst den Gedanken gefaßt, dem bayerischen König Ludwig III. zu seinem demnächstigen 70. Geburtstag ein Bombengeschenk aus den Taschen anderer Leute zu stiften. Flugs setzte er sich mit dem Ministerium in Verbindung und hier soll nun ausgemacht worden sein, einen Tafelauffatz im Werte von 110 000—120 000 Mark anzuschaffen. Als in einer nicht offiziellen Zusammenkunft von Mitgliedern des bayerischen Städtetages und von Bürgermeister Herr v. Borjst seine Ideen an den Mann bringen wollte, begegnete er vielen lauren Gesichtern und manches Bedenken wurde laut, ob die Gemeindeparlamente, die die einzelnen Anteile für die Kosten des Geschenks aus den Mitteln der Gemeinde bewilligen sollten, für eine Belastung der Steuerzahler für einen solchen Zweck zu haben seien. Schließlich stimmte man in einer offiziellen Zusammenkunft zu, um dem Münchener Oberbürgermeister keine Unannehmlichkeiten zu bereiten, da die

ige
en!
asse
ten
ist, bisher
ig gewesen
n.
digen ver
ur.
Anstellung
Gehalts-
der Klasse
2105
a détail
entwürfen
704
enstr. 42
rend.

er deutlich merken ließ, daß der silberne Aufsatz schon gezeichnet und bestellt sei. Nun haben sich die meisten bayerischen Magistrate und Gemeindefollegien mit der Sache beschäftigt. Die Bewilligung der Mittel ist überall auf große Schwierigkeiten gestoßen. In den Magistraten stimmten die bürgerlichen Vertreter meist geschlossen für die anteiligen Beträge, die Sozialdemokraten natürlich dagegen. Aber in den Kollegien der Gemeindebevollmächtigten schlossen sich zahlreiche bürgerliche Mitglieder den Sozialdemokraten an, z. B. in München wurden 18 000 Mark gegen eine starke Minderheit bewilligt, in Nürnberg 10 000 Mark mit nur einer Stimme Majorität. Mehrlisch war es in anderen Städten (u. a. in Erlangen), wo die Sozialdemokratie eine stärkere Vertretung in den Gemeindeparlamenten hat. In nicht wenigen kleinen Städten aber haben die Gemeindefollegien trotz der Bewilligung durch den Magistrat die Kosten überhaupt abgelehnt, z. B. Kirchensbach, Moß, Rehau. In Kauf bei Nürnberg beschloß sogar der Magistrat, sich an der Schuldungsgabe nicht zu beteiligen. In seinem Referat kennzeichnet hier der Bürgermeister die Stellungnahme einer Anzahl größerer und mittlerer Städte, die erkennen lassen, daß die betreffenden Stadtvertretungen die Form der vom Städteverband in Vorschlag gebrachten Schuldungsgabe nicht als eine glückliche erachten, sondern es für das richtige halten, die beabsichtigte Ehrung in die Form von Stiftungen zu wahlständigen oder gemeinnützigen Zwecken zu kleiden. Der Magistrat trat einstimmig der Meinung des Bürgermeisters bei.

Zu allem Unglück verlautet, daß sich König Ludwig III. dahin ausgesprochen haben soll, alle Geburtstagsgeschenke und Ehrungen, die nicht in Form von Stiftungen gemacht werden, abzulehnen. So bedrohen das dem Vorherrschaften Byzantinismus entspringene Geburtstagsgeschenk große Gefahren. Auf der einen Seite das Risiko, daß es überhaupt nicht zustandekommt, auf der anderen Seite die Ablehnung durch den, dem es zugeordnet war. Das sind böse Lagen für das Münchener Stadtoberhaupt, und für die tapferen Männer des bayerischen Städtetages, die ihren Vorstand decken wollten. Das Gescheiteste wäre, die Leuten machten die Beschlüsse ihrer gemeindlichen Körperschaften wieder rückgängig, griffen in den eigenen Beutel und zahlten die bis jetzt entstandenen Kosten. Ob sie wohl den Mut dazu aufbringen werden? Der Byzantinismus in Bayern hat sich mit dieser Sache einmal etwas weit verfliegen.

Zwei „minder schwere Fälle“.

Zwei Unteroffiziere hatten sich dieser Tage vor dem Königsberger Kriegsgericht wegen Soldatenmißhandlung zu verantworten. Am 20. April hatte der Unteroffizier Kranich von der 2. Kompanie des 1. Pionierbataillons dem Pionier Zimmermann einige Ohrfeigen gegeben und ihm dann vor die Brust gestochen, daß er mit dem Kopf gegen die Wand slog und sich eine Verletzung des Hinterkopfes und des Trommelfells zuzog. Der Unteroffizier behauptete, er hätte den Soldaten „nur an der Nase angefaßt“. Urteil: Drei Wochen Mittelarrest, weil es sich um einen minder schweren Fall handle.

Der Unteroffizier Falkus stieß einen Tornister dreimal gegen den Kopf des Musiketers Sagade. Dieser erlitt eine Verletzung an der Stirn und war vier Tage revierkrank. Urteil: 10 Tage Mittelarrest, weil auch hier ein „minder schwerer Fall“ vorliegen soll.

Militärische Annäherung.

Die Leitung der Regimentskapelle des 2. nassauischen Inf. Reg. Nr. 88 in Mainz hat den lokalen Vergnügungsvereinen folgende Mitteilung zugehen lassen:

Für alle bereits abgeschlossenen oder späteren Engagements bitte ich ergebenst, die für sämtliche Militärfestlichkeiten erlassene Bestimmung, daß jede Anknüpfung des Spielens des Musikkorps oder einzelner Mitglieder desselben in sozialdemokratischen Blättern zu unterbleiben hat, zu beachten.

Schachtelungsfall Jung, Obermusikmeister.

Der kleinliche Zweck, das Interesseschicksal sozialdemokratischer Zeitungen zu schädigen, wird die Parteigenossen

anboren, den Anfall durch umso eifrigere Abonnementwerbung auszugleichen. Jeder neue Leser ist ein Kämpfer mehr gegen das terroristische militärische System, das den Kampf gegen sich selbst in dieser Art anregt.

Aufwandsentschädigung für Soldaten.

Der preussische Minister des Innern hat gemeinsam mit dem Kriegsminister Bestimmungen über die praktische Handhabung des Gesetzes betr. die Aufwandsentschädigung für Soldaten herausgegeben. Diese Entschädigung beträgt 240 Mark pro Jahr der Dienstzeit, wenn Söhne der Familie bereits zusammen sechs Jahre gedient haben. In den Bestimmungen sind eine Anzahl Beispiele angeführt, aus denen ersichtlich ist, unter welchen Umständen die Entschädigung gezahlt wird. Ein Beispiel lautet: Der Sohn A hat zwei Jahre, der Sohn B als Trainee ein Jahr, der Sohn C zwei Jahre gedient. Der Sohn D hat eine dreijährige Dienstpflicht zu erfüllen. Nach Ablauf eines Jahres seiner Dienstzeit ist der Anspruch auf Aufwandsentschädigung begründet. Ein anderes Beispiel führt aus: Der Sohn A hat 3 Jahre gedient; der Sohn B ist nach einer aktiven Dienstzeit von einem halben Jahre als dienstunbrauchbar entlassen worden; der Sohn C hat zwei Jahre gedient. Nach Ablauf einer Dienstzeit von einem halben Jahre durch den vierten Sohn ist der Anspruch begründet.

Badische Politik.

„Jung-Zentrum“.

Um den lückelosen Nachweis zu führen, daß in den katholischen Jugendvereinen keine Politik getrieben wird, mußte der Jung-Zentrum-Apostel Herr Dr. Stadler Köln selbst eine Erklärung schreiben, die der „Beobachter“ an der Spitze seiner Sonntagsnummer veröffentlicht. In 5 Abschnitten bekräftigt Herr Dr. Stadler mit dem Bruchston der Ueberzeugung, daß auch er es für unzulässig hält, wenn in den kathol. Jugendvereinen Politik getrieben würde. Im Schlußsatz schreibt der Herr Doktor: „Nach diesen Feststellungen wird vielleicht auch der „Volkshilfsfreund“ nicht umhin können, zu erklären, daß er sich mit seiner tendenziösen Gleichsetzung von „Jung-Zentrum“ und katholischen Jugendvereinen geirrt hat“.

Wir können diesem Wunsche nicht nachkommen und haben keine Veranlassung, auch nur ein Wort von dem zurückzunehmen, was wir geschrieben haben. Die Zentrumspresse behauptet das was Herr Dr. Stadler sagt, schon von jeher. Sie behauptet auch, daß in der Kirche keine Politik getrieben wird und daß das Zentrum keine konfessionelle Partei und als solche nach jeder Richtung hin unabhängig sei. Das ist also nichts Neues. Im Behaupten und Verdrängen ist die Zentrumspresse bis jetzt unerreichbar. Deshalb muß aber doch jeder der heute die Predigt eines Durchschnittspfarvers mit anhört, sagen, daß er sich nicht in der Kirche, sondern in einer Agitationsbude des Zentrums befindet. Und trotz der behaupteten „Unabhängigkeit“ ist durch die Indizierung des Herrn Wader bewiesen, daß das Zentrum doch von Rom, d. h. von der Kirche abhängig ist. Auf die Daten kommt es an, nicht auf die Worte.

Daß übrigens auch vom „Beobachter“ die katholischen Jugendorganisationen für die Politisierung ohne weiteres in Anspruch genommen werden, geht aus der Anbauchung der „Präsidial“ hervor, die es wagten in der „Jung-Zentrum-Versammlung“ nicht zu erscheinen. Das Rechtfertigungsgetriebe hintenach soll die Boreiligkeit jetzt lediglich wieder gutmachen.

Und dann sagt Herr Dr. Stadler in Absatz 3 selbst:

3. Sofern die katholische Jugend in reiferem Alter in zahlreichen Fällen ohne weiteres den Weg zur Zentrumspartei geht, liegt das nicht an einer parteipolitischen Tendenz oder an einer parteipolitischen Arbeit der Jugendvereine. Dieser Zug der reiferen katholischen Jugend zur Zentrumspartei erklärt sich vielmehr aus dem g a n z e n M i l i e u, aus dem die Zentrumsbewegung Deutschlands ihre Kraft schöpft. Damit wird also zugestanden, daß „das ganze Milieu“

der kathol. Jugendvereine ein derartiges ist, daß sich die Mitglieder ohne weiteres dem Zentrum anschließen. Wenn wir also schreiben, daß die kathol. Jugendvereine Pflegestätten der Zentrumshinglinge sind, so sagen wir nicht anders wie Herr Dr. Stadler auch.

Außerdem ist es sehr, sehr auffallend, daß zur selben Zeit das erzbischöfliche Ordinariat anordnet (siehe neueste Nummer des „Anzeigbl. d. Erzbischofe Freiburg“), daß am Sonntag den 26. Juli am Festtage des „sel. Bernhard von Baden“ in allen Pfarr- und Kuratienkirchen eine Predigt über katholische Jugendpflege gehalten und eine Kirchenkollekte zur Gründung eines Jugendpflegefonds für die Bedürfnisse der katholischen Diözesanverbände der Jünglings- und Gesellenvereine veranstaltet werde.

In dem erzbischöflichen Erlaß wird darauf hingewiesen, daß viele Vereine die jungen Herzen zur „Mißachtung der staatlichen und kirchlichen Autoritäten“ verführen. Die Zentrumskleriker wird diesen Wink verstehen und am 26. Juli die Predigt danach einrichten. Sollten damit der Erzbischof und Herr Dr. Stadler nicht Hand in Hand arbeiten?

Man sieht aber, welche ungeheueren Anstrengungen gegenwärtig um die Jugend gemacht werden. Eine Mahnung für uns, das wichtige Gebiet der Jugendpflege nicht allein den Gegnern zu überlassen. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.

Der Wehrbeitrag in Baden.

Das Erträgnis des Wehrbeitrages im Großherzogtum Baden beläuft sich, wie schon früher mitgeteilt, auf etwa 32 Mill. Mark. Bei einer Einwohnerzahl von 2 142 000 Personen entfällt sonach auf den Kopf der Bevölkerung der Betrag von 14,94 Mk. Für die Städte der Städteordnung ergeben sich folgende Zahlen:

	Einwohnerzahl von 1910	Wehrbeitrag	
		in Mark	pro Kopf
Mannheim	206 045	9 140 862	44,36
Karlsruhe	134 313	4 412 013	32,85
Freiburg	83 324	3 548 574	42,59
Pforzheim	73 770	1 803 486	24,45
Heidelberg	56 016	2 774 565	49,53
Konstanz	27 591	597 879	21,67
Baden	22 066	1 417 185	64,22
Offenburg	16 848	1 975 520	117,2
Bruchsal	15 391	207 294	13,47
Zahr	15 191	255 882	16,84
zusammen	650 555	24 355 260	37,44

Aus dieser Uebersicht ergibt sich, daß die 10 Städte der Städteordnung mit einer Einwohnerzahl von 650 555 Personen (d. i. 30 Prozent der Gesamtbevölkerung) mit ihrem Wehrbeitrag von 24 355 260 Mk. etwas mehr als 75 Prozent des Gesamtaufkommens aufbringen.

Aus der Uebersicht ist ferner zu entnehmen, wie außerordentlich verschieden die Kapitalkraft der einzelnen Städte ist. Darnach ist die verhältnismäßig reichste Stadt Baden mit einem Kopfbeitrage von 64,22 Mk.; dann folgen Heidelberg (49,53 Mk.), Mannheim (44,36 Mk.), und Freiburg (42,59 Mk.). Unter dem Städtedurchschnitt von 37,44 Mark bleiben Karlsruhe (32,85 Mk.), Pforzheim (24,45 Mk.) usw., und unter dem Landesdurchschnitt von 14,94 Mk. die Städte Bruchsal (13,47 Mk.) und Offenburg (11,72 Mk.).

Eine Vergleichung dieser Ergebnisse mit denen des Reichs oder der anderen Bundesstaaten ist zurzeit nicht möglich, da es an den hierzu erforderlichen Grundlagen fehlt.

In einer kürzlich in verschiedenen Tageszeitungen erschienenen Mitteilung ist für die norddeutschen Großstädte o. h. die Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, das durchschnittliche Kopfbeitrage auf 34,70 Mk. berechnet worden. Von den badischen Großstädten übersteigt das Kopfbeitrage Mannheims diesen Durchschnittsbetrag beträchtlich, während dasjenige von Karlsruhe hinter demselben, wenn auch nur unerheblich zurückbleibt.

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution. Von Anatole France. (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Die Nacht kam, fast unmerkbar in der Stille und dem Dunkel des Kerfers, und doch löstend und unheimlich. Ein Bein auf der Bank ausgestreckt und den Rücken gegen die Wand gelehnt, schlief Brotteaux ein. Er träumte, wie er vor einer dichten Hecke saß, in der die Vögel sangen. Die untergehende Sonne goß flüssige Flammen über den Fluß aus und umsäumte die Mäander der Wolken mit Purpur. Die Nacht ging vorüber. Ein brennendes Fieber verzehrte ihn, und gierig trank er seinen Wasserkrug bis zur Neige aus; doch das Wasser vermehrte sein Uebel noch.

Am Morgen brachte der Gefängniswärter ihm seine Suppe und versprach ihm, wenn er zahlte, eine bessere Zelle mit eigener Beköstigung, sobald Platz wäre, was nicht lange dauern könnte. In der Tat holte er den alten Finanzmann schon am zweiten Tage aus seinem Kerfer. Bei jeder Stufe, die er emporstieg, fühlte Brotteaux seine Lebenskraft zurückkehren, und als er auf den roten Steinfliesen einer Zelle ein Gurtbett mit einer üblen Wolldecke liegen sah, weinte er Freudentränen. Das vergoldete Bett mit den schnäbelnden Tauben, das er einst für die schönste Tänzerin der Oper hatte anfertigen lassen, war ihm nicht so köstlich erschienen und hatte ihm nicht solche Wonnen verheißt.

Dieses Gurtbett stand in einem großen, ziemlich reinlichen Saal neben siebzehn anderen, die durch hohe Bretterwände abgetrennt waren. Die Leute, die hier wohnten, trübere Adlige, Kaufleute, Bankiers und Handwerker, gefielen dem alten Zollpächter, der sich mit Menschen jeden Schlages zu stellen wußte. Er bemerkte, daß diese Menschen, die gleich ihm jeder Freude beraubt waren und die von Henters Hand sterben sollten, lustig und sehr zu Redereien aufgeleget waren. Da er die Menschen gering schätzte, so hielt er die gute Laune seiner Mitgefangenen für Reichthum und glaubte, daß sie sich von ihrer Lage keinen rechten Begriff machten. In dieser Ansicht bestärkte

ihn die Wahrnehmung, daß die Klügsten unter ihnen tiefertraurig waren. Bald jedoch bemerkte er, daß die Lustigkeit der meisten von Wein- und Schnapsgenuss kam, wodurch sie etwas Heftiges, ja bisweilen Kolles erhielt. Nicht alle waren mutig, aber alle taten so. Dies überraschte Brotteaux nicht. Er wußte, daß die Menschen gern ihre Grausamkeit, ihren Born, ja selbst ihren Geiz zugeben, aber nie ihre Feigheit, denn dieses Geständnis würde sie bei der Wilden, ja selbst unter zivilisierten Menschen in Lebensgefahr bringen. Deshalb dachte er, sind alle Völker so tapfer und alle Heere bestehen nur aus Helden.

Doch mehr noch als durch Wein und Branntwein wurden die Gefangenen durch das Klirren der Waffen und Schläffel, das Knarren der Schlösser und den Ruf der Wachen, den Schall der Schritte vor der Tür des Gerichtssaales berauscht und in Schwermut, in Taumel oder Rafferei verleitet. Es kam vor, daß sich einer mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt oder sich zum Fenster hinausstürzte.

Brotteaux war seit drei Tagen in Selbstbefügigung, als er durch den Schließer hörte, daß der Vater Longuemare auf dem faulen, von Ungeziefen wimmelnden Strohhel den Dieben und Mördern elend verlam. Er sorgte dafür, daß er in sein Zimmer heraufgebracht wurde, wo ein Bett freigegeben war. Doch da der alte Zollpächter, der sich verpflichtet hatte, für den Mönch zu zahlen, selbst keine großen Schätze besaß, so kam er auf den Einfall, Porträts für einen Taler zu malen. Durch einen Gefängniswärter verschaffte er sich kleine schwarze Rahmen, in die er Arbeiten aus Haaren einsteckte, die er ziemlich geschickt machte. Solche Arbeiten waren sehr gesucht in einem Kreise von Menschen, die gern ein Andenken hinterlassen wollten.

Der Vater Longuemare blieb stark an Herz wie an Geist. In Erwartung seines Erscheinens vor dem Revolutionstribunal bereitete er seine Verteidigung vor. Er trennte seine Sache nicht von der Kirche und hatte sich vorgenommen, seinen Richtern die Mißstände und Vergernisse vorzuhalten, welche die bürgerliche Gesetzgebung der Braut Christi herbeite. Er wollte ihnen darstellen, wie die älteste Tochter der Kirche einen gotteslästerlichen Krieg mit dem Papst führte, wie der französische Merkur ausobwün-

dert, bergewaltigt, dem Latentregiment schmeide und unterworfen, wie die Odensgeistlichen, die wahren Gottesstreiter, herab und auseinandergeprengt wurden. Er zitierte Gregor den Großen und den heiligen Gräus, führte zahlreiche Artikel des kanonischen Rechts und lange Paragraphen der Dekretalen an.

Den ganzen Tag über saß er am Fuße seines Bettes und trugelte auf seinen Anien, tauchte Federfelle, die bis an die Federn abgemußt waren, in Tinte, Ruß, Kaffeesatz und bedeckte Fidiubusse, Packpapiere, Zeitungen, Bücherhüllen, alte Briefe, Rechnungen und Spielkarten mit unlesbarer Schrift; ja er dachte schon daran, auf sein Hemd zu schreiben, nachdem er es hatte stärken lassen. Er häufte Blatt auf Blatt, und auf dieses unlesbare Geschreibsel weinend sagte er:

„Wenn ich vor meine Richter trete, werde ich sie mit Nicht überfluten.“

Eines Tages warf er einen befriedigten Blick auf seine immer mehr anschwellende Verteidigungsschrift und rief im Gedanken an die Richter, die es ihn zu überzeugen drängte:

„Ich möchte nicht an ihrer Stelle sein! . . .“

Die Gefangenen, welche das Schicksal in diesem Kerfer bereinigt hatte, waren teils Royalisten, teils Föderalisten; ja sogar ein Jakobiner war darunter. Ueber die Art, wie die Staatsgeschäfte zu führen seien, gingen ihre Meinungen auseinander, aber keiner hatte mehr einen Gaud von Christentum. Die Feuilletons, die Konstitutionellen und die Girondisten fanden wie Brotteaux den lieben Gott zwar sehr schlecht für sich selbst, aber ausgezeichnet fürs Volk. Die Jakobiner setzten an Stelle Jehovas einen Jakobiner-gott, um die Autorität des Jakobinertums zu erhöhen. Da aber keiner von ihnen, welcher Partei er auch angehörte, es sagte, daß ein Mensch so widersinnig sein könnte, an eine Offenbarungsreligion zu glauben, so hielten sie den Vater Longuemare für einen Schelm, zumal sie merkten, daß es ihm nicht an Geist fehlt. Ohne Zweifel, um sich auf sein Martyrium vorzubereiten, bekam er bei jeder Gelegenheit seinen Glauben, und je ehrlicher er es meinte, um so mehr erschien er als Betrüger.

(Fortsetzung folgt.)

119 015 im Jahre 1901 und teilweis im Jahre 1902 im Jahre 1903 im Jahre 1904 im Jahre 1905 im Jahre 1906 im Jahre 1907 im Jahre 1908 im Jahre 1909 im Jahre 1910 im Jahre 1911 im Jahre 1912 im Jahre 1913 im Jahre 1914 im Jahre 1915 im Jahre 1916 im Jahre 1917 im Jahre 1918 im Jahre 1919 im Jahre 1920 im Jahre 1921 im Jahre 1922 im Jahre 1923 im Jahre 1924 im Jahre 1925 im Jahre 1926 im Jahre 1927 im Jahre 1928 im Jahre 1929 im Jahre 1930 im Jahre 1931 im Jahre 1932 im Jahre 1933 im Jahre 1934 im Jahre 1935 im Jahre 1936 im Jahre 1937 im Jahre 1938 im Jahre 1939 im Jahre 1940 im Jahre 1941 im Jahre 1942 im Jahre 1943 im Jahre 1944 im Jahre 1945 im Jahre 1946 im Jahre 1947 im Jahre 1948 im Jahre 1949 im Jahre 1950 im Jahre 1951 im Jahre 1952 im Jahre 1953 im Jahre 1954 im Jahre 1955 im Jahre 1956 im Jahre 1957 im Jahre 1958 im Jahre 1959 im Jahre 1960 im Jahre 1961 im Jahre 1962 im Jahre 1963 im Jahre 1964 im Jahre 1965 im Jahre 1966 im Jahre 1967 im Jahre 1968 im Jahre 1969 im Jahre 1970 im Jahre 1971 im Jahre 1972 im Jahre 1973 im Jahre 1974 im Jahre 1975 im Jahre 1976 im Jahre 1977 im Jahre 1978 im Jahre 1979 im Jahre 1980 im Jahre 1981 im Jahre 1982 im Jahre 1983 im Jahre 1984 im Jahre 1985 im Jahre 1986 im Jahre 1987 im Jahre 1988 im Jahre 1989 im Jahre 1990 im Jahre 1991 im Jahre 1992 im Jahre 1993 im Jahre 1994 im Jahre 1995 im Jahre 1996 im Jahre 1997 im Jahre 1998 im Jahre 1999 im Jahre 2000 im Jahre 2001 im Jahre 2002 im Jahre 2003 im Jahre 2004 im Jahre 2005 im Jahre 2006 im Jahre 2007 im Jahre 2008 im Jahre 2009 im Jahre 2010 im Jahre 2011 im Jahre 2012 im Jahre 2013 im Jahre 2014 im Jahre 2015 im Jahre 2016 im Jahre 2017 im Jahre 2018 im Jahre 2019 im Jahre 2020 im Jahre 2021 im Jahre 2022 im Jahre 2023 im Jahre 2024 im Jahre 2025 im Jahre 2026 im Jahre 2027 im Jahre 2028 im Jahre 2029 im Jahre 2030 im Jahre 2031 im Jahre 2032 im Jahre 2033 im Jahre 2034 im Jahre 2035 im Jahre 2036 im Jahre 2037 im Jahre 2038 im Jahre 2039 im Jahre 2040 im Jahre 2041 im Jahre 2042 im Jahre 2043 im Jahre 2044 im Jahre 2045 im Jahre 2046 im Jahre 2047 im Jahre 2048 im Jahre 2049 im Jahre 2050 im Jahre 2051 im Jahre 2052 im Jahre 2053 im Jahre 2054 im Jahre 2055 im Jahre 2056 im Jahre 2057 im Jahre 2058 im Jahre 2059 im Jahre 2060 im Jahre 2061 im Jahre 2062 im Jahre 2063 im Jahre 2064 im Jahre 2065 im Jahre 2066 im Jahre 2067 im Jahre 2068 im Jahre 2069 im Jahre 2070 im Jahre 2071 im Jahre 2072 im Jahre 2073 im Jahre 2074 im Jahre 2075 im Jahre 2076 im Jahre 2077 im Jahre 2078 im Jahre 2079 im Jahre 2080 im Jahre 2081 im Jahre 2082 im Jahre 2083 im Jahre 2084 im Jahre 2085 im Jahre 2086 im Jahre 2087 im Jahre 2088 im Jahre 2089 im Jahre 2090 im Jahre 2091 im Jahre 2092 im Jahre 2093 im Jahre 2094 im Jahre 2095 im Jahre 2096 im Jahre 2097 im Jahre 2098 im Jahre 2099 im Jahre 2100

Ein offiziöser Rückblick auf die Arbeit des Landtags.

Die „Karlsruher Zeitung“ bringt einen Rückblick auf die Arbeiten des verflorenen Landtags, der offiziölen Charakters ist und wohl die Anschauungen der badischen Regierung wiedergibt. In dem Artikel heißt es, nachdem der Verfasser die Arbeit des Landtags im einzelnen gewürdigt hat:

Die verflorene Session wird in der Presse besonders lebhaft besprochen, obwohl in ihr große Geleise von einschneidender Bedeutung nicht erledigt wurden. Es liegt dies daran, daß in dem Landtag 1913/14 die Politik über — genauer gesprochen — das Verhältnis der Regierung zu den Parteien und der Parteien zueinander sehr häufig und sehr eingehend erörtert wurde. Alle diese Erörterungen, bei denen die einzelnen Minister, vornehmlich aber der Minister des Innern und der Minister für Kultus und Unterricht, ihre Ansichten mit größter Entschiedenheit ausföhrlich auseinandersetzten, haben dem ruhigen, objektiven Zuschauer gezeigt: erstens, daß die Regierung in ihren föhrenden Männern von durchaus einheitlichen Anschauungen befezt ist, zweitens, daß diese Anschauungen sowohl den Traditionen, wie den Bedürfnissen des badischen Staates voll entsprechen, und drittens, daß diese Anschauungen sich heute auch noch auf der Basis einer gemäßig liberalen Politik bewegen. Wenn die Regierung hier und da genötigt war, eine schärfere Tonart anzuschlagen, so geschah das nur auf ganz bestimmte Angriffe hin. Und da diese, zum Teil recht heftigen, ja scharfen Angriffe besonders von der sozialdemokratischen Fraktion ausgingen, so ist es durchaus begreiflich, daß sich die Regierung gerade mit dieser Partei und ihren Absichten besonders oft beschäftigte. Daß die Minister, die den Redner der Sozialdemokratie entgegentraten, dies mit allem Nachdruck taten, werden alle Bürger, die auf dem Boden der bestehenden staatlichen Ordnung stehen, mit Freuden begrüßen.

Bei fast allen Vorträgen, die die beiden Häuser beschäftigten, fand die Regierung die Zustimmung einer starken Mehrheit. Widerstände von größerer Bedeutung regten sich dort, wo die allgemeinen Anschauungen über eine Frage noch nicht genügend geklärt sind, wie z. B. bei der Proporzfrage, oder dort, wo die an sich nicht verwerfliche, in ihren Folgen aber bedenkliche Ideologie Einzelner gegen staatsmännische Erwägungen Sturm lief, wie z. B. bei der Beratung des Antrags Muser. Lediglich Zufallsbedeutung hat die in einem sehr schlecht besetzten Hause mit nur einer Stimme Mehrheit erfolgte Erklärung der Zweiten Kammer, daß die Faltung des Unterrichtsministeriums in Sachen der Lehrmittelpflichtigen, deren eine größere Zahl wegen Ueberfüllung entlassen werden mußte, den Anschauungen der Kammer nicht entspricht. Auch hier haben bei den für diese Erklärung stimmenden menschlich begreifliche, staats- und realpolitisch oder nicht haltbare Beweggründe mitspielt.

Die politischen Erörterungen haben das Gute gehabt, daß sie die parteipolitische Situation in willkommener Weise klärten. Es zeigte sich, daß zwischen gemeinsamer Wahltaktik und gemeinsamer politischer Arbeit ein erheblicher Unterschied besteht, und dies namentlich dort, wo Parteigrundzüge und Parteitraditionen schon an sich ein wirklich unüberwindliches Zusammengehen in allen Punkten ausschließen. Davon, daß eine bestimmte Parteikonstellation den Beratungen ihre Gepräge aufgedrückt hat, kann sonach nicht die Rede sein.

Die Regierung nahm selbstverständlich ihre Stellung über den Parteien. Für sie kam es lediglich darauf an, in sachlicher Arbeit dem Wohle des Landes zu dienen. Die verständnisvolle Mitarbeit, die sie hierbei fand, wird von der Bevölkerung des Landes sicher mit freudigem Dank anerkannt werden.

Es stimmt allerdings, daß die Regierung auf dem Boden einer „gemäßig liberalen Politik“ steht, gemäßig, sehr gemäßig durch den Einfluß des Zentrums. Ja, die Regierungspolitik war zeitweilig derart „gemäßig liberal“, daß in den bezüglichen Regierungserklärungen keine Spur mehr von Liberalismus zu finden war.

Den letzten Satz möchten wir übrigens nicht unentworfprochen lassen. Die Regierung wird behauptet, habe ihre Stellung über den Parteien genommen. So sollte es sein. Aber es war nicht so. Die Regierung hat sich vollkommen von reaktionären Einflüssen leiten lassen und ist teilweise in derart prononzierender Weise gegen die sozialdemokratische Partei aufgetreten, daß es zum Schaden reist, wenn dieselbe jetzt behauptet, „ihre Stellung über

den Parteien“ genommen zu haben. Sie ist sogar so weit gegangen, Anhängern der sozialdemokratischen Partei wegen angeblich mangelnden „Gemeinfinns“ die staatsbürgerliche Gleichberechtigung abzuspöhen. Zu dem oben erwähnten „freudigen Dank“ haben nur die reaktionären Parteien Veranlassung, nicht aber die gesamte Bevölkerung des Landes.

Von der linksliberalen Presse wird das Ergebnis des verflorenen Landtags ähnlich beurteilt.

Die „Frankf. Ztg.“ (fortschrittlich) beschäftigte sich in einem besonderen Artikel ihres Karlsruher Korrespondenten mit den Ergebnissen der Landtagsarbeit. In ihrer eigenen Arbeit sagt sie:

„Das Zentrum hat zwar bei den Wahlen des vorjährigen Herbstes sein Ziel nicht erreicht, es ist ihm aber näher gekommen. Auch darin hat Herr Wader (in seiner letzten Emendator Rede) durchaus recht: die Zusammenarbeit der drei Linksparteien ist nicht mehr die gleiche gewesen wie seit 1905, und die Minister sprechen heute ein anderes Wort über die Sozialdemokratie und darüber, wie man sich zu ihr stellt.“ Die Worte des Herrn v. Bodman von der großartigen Bewegung des vierten Standes klang noch zu deutlich in den Ohren derer, die es vernommen hatten, und es gab in deutschen Landen darum keinen Minister, der vom Zentrum und seinen jüngerlichen Freunden besser gehözt gewesen wäre als er. Heute ist das anders. Herr v. Bodman steht in so hoher Gunst beim Zentrum, wie noch nie zuvor, und wenn es Titel und Orden zu vergeben hätte, es wüßte wohl kaum einen Würdigeren als ihn. Und da das Zentrum seine Gunst nicht verdeckt, muß Herr v. Bodman sie sich verdient haben. Der Grund der Wandlung ist in der auffallend scharfen Haltung zu erblicken, die der Minister diesmal oft ostentativ und wiederholt der Sozialdemokratie gegenüber glaubte einnehmen zu sollen. Wir erinnern nur an die Proporzdebatte und an die Auseinandersetzung aus den letzten Tagen. Der Ton ist immer preudischer, die Beurteilung immer scharfmacherischer geworden.“

Der „Bad. Landesbote“ schreibt:

„Daß die Regierung sich auf eine liberal-konservative Kammermehrheit vorbereitete, unterliegt keinem Zweifel. Sie ist vom Großblod abgerückt, so weit sie es nur konnte, sie hat nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die fortschrittliche Volkspartei in einer Art und Weise behandelt, die bisher im badischen Landtag nicht üblich war und die nur zu erklären ist durch die Annahme, daß man der Rechten damit gefallen wollte. Ein „neuer Kurs“ war auch in der Haltung der nationalliberalen Partei zu erkennen. Das ewige Gerede des Zentrums, daß die Nationalliberalen sich unter der Föhrung der Sozialdemokratie befänden und die schlaue Taktik Waders bei den letzten Landtagswahlen haben bis zu einem gewissen Grad den vom Zentrum erhofften Erfolg gehabt. Bei den Präsidentschaftswahlen sah sich das Zentrum noch einmal in die Rolle des betrübten Lohgerbers verfezt, dem die Felle des Dach hinabschwimmen. Aber es wurde bald anders. Schon die Abstimmung der Nationalliberalen in der Frage der Minderere Gehaltsaufschlagung zeigte den Umschwung, der im weiteren Verlauf der Tagung immer deutlicher zutage trat.“

Die „Straßb. Post“ schreibt in einem Artikel ihrer Sonntagsnummer:

„Unmittelbar zu Beginn der Session hatte es allerdings den Anschein, als ob es sich durch die Neuwahlen nicht allzuviel geändert hätte. Die Mehrheit der Linken war ja nicht zerstört worden und hat bei der Präsidentschaftswahl zum Entschens des Zentrums in glänzender Weise die Feuerprobe bestanden. Auch bei einer Reihe weiterer Fragen, die mehr in das Gebiet der Taktik und Machtpolitik fielen, hat sie standgehalten, und als mit der Offenburger Nachwahl der alte demokratische Kampf Muser an Stelle des Zentrumsabgeordneten Haufer wieder in die Kammer einzog, schien es, als ob der Großblod auch diesmal der Tagung ihr Gepräge geben sollte. Es ist insofern gründlich anders gekommen. Bei der Minderere Gehaltsaufschlagung trennten sich die Nationalliberalen zum erstenmal in einer entscheidenden Frage von ihren Bundesgenossen, dann kamen die kirchenspolitischen Aktionen, eine Reihe mittelständischer Fragen, in denen die nationalliberalen Partei geistlich den Gegenstand gegen links heranzöhrte, und gegen Schluß des Landtags war es schon eine sehr gewohnte Erscheinung, daß die Nationalliberalen mit dem Zentrum gegen die übrige Linke stimmten. Es war nicht richtig, darüber die nationalliberale Fraktion mit Vorwürfen zu überhäufen. Es ist an dieser Stelle mehrfach herangezogen worden, daß sie damit nur ihrem Programm treu geblieben ist und die Interessen ihrer Wählerchaft wahr genommen hat. Gerade die letzten Wahlen

haben jedermann gezeigt, wie gefährlich und verhängnisvoll es wäre, wenn die Partei um taktischer Ideologien willen in der Verfechtung ihrer eigenen Grundzüge lau befunden würde. So lange die Spannung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Schärfe besteht, wie sie für die gegenwärtige Zeit charakteristisch ist, wird man gut tun, den Gedanken des Großblods nicht zu überspannen und die naturgegebenen Grenzen zwischen den einzelnen Parteien zu respektieren. So viel Bestehendes er vom Standpunkt der parlamentarischen Taktik auch hat, vor den Notwendigkeiten und Laifachen des praktischen Lebens hält er nicht stand. Diese Einsicht hat sich innerhalb der nationalliberalen Partei schon unmittelbar nach den Wahlen durchgesetzt, wenigstens im Sinn einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft. Daher ist es falsch, die Haltung der Fraktion in den verschiedenen Einzelfragen, in denen sie mit der Rechten ging, als eine schwächliche Nachgiebigkeit oder einen Triumph der Wadertaktik zu charakterisieren. Ebenso falsch aber wäre es auch, darin eine bewußte und gewollte Abkehr von dem eigentlichen Grundgedanken des Großblods zu sehen. Wie aus einer eingehenden Schlussbetrachtung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ zu erhellen ist, hält die Partei nach wie vor an dem Gegenfatz gegen das Zentrum fest und ist bereit, alles zu tun, um seine liberal-konservative Mehrheit zu verhindern. So lange das gelingt, besteht für die Regierung kein genügender Grund, den spezifisch liberalen und reaktionären Forderungen über das Maß des sachlich Berechtigten hinaus entgegenzukommen. Auf dieses negative Ziel der Abwehr des Liberalismus wird der Großblodgedanke wohl eingeschränkt werden müssen.“

Die „Bad. Landeszeitung“ meint u. a.:

„Die nationalliberale Landtagsfraktion hat sich weder in nationaler noch in liberaler Hinsicht etwas vergeben; sie mußte sich wehren gegen die Angriffe der Regierung und der Rechten auf ihre Wahltaktik und sie mußte der Linken entgegenzutreten, da diese versuchte, den Großblodgedanken zu überspannen, und durch Prinzipienreiterei der Rechten die Gassen in die Kleebe zu jagen; daß die nationalliberale Partei die Mitte gehalten hat, ist ihr zum bleibenden Verdienst anzurechnen. (Die Red.) . . . Die Regierung sollte sich doch darüber keine Illusionen machen: ein Bund zwischen Nationalliberalen, Zentrum und Konservativen ist in Baden nach der ganzen politisch-geschichtlichen Entwicklung und nach den Tendenzen dieser Parteien und ihrer Struktur sowie nach der politischen Lage gänzlich unmöglich, wenn nicht die nationalliberale Partei auseinander gesprengt werden soll. Was nicht geht, soll man auch nicht unternehmen. Auf die Stimmengänge des Zentrums hereinzufallen, sollte sich die Regierung hüten; des Zentrums „Antisozialismus“ ist erst neueren Datums und lediglich geschäftlicher Natur, und Erfälle sind nicht ausgeschlossen. Siehe Reichstag! . . . Die nationalliberale Partei hat kirchen- und schulpolitisch ihren Standpunkt im Wahlauftruf formuliert; die Konsequenz daraus war die Ablehnung des „Antrags Muser“, der in Wirklichkeit das Gesetz von 1880 und das Schulgesetz durchbrochen hätte. Die Simultanschule mit obligatorischem Religionsunterricht unter der Mitwirkung der Lehrer — das ist die liberale Gesetzgebung der Lames, Zöllh und Kiefer. Und die will die nationalliberale Partei und will die Regierung festhalten. Wenn nun die Demokraten und Sozialdemokraten von „Reaktion“ reden und schreiben, so huldigen sie einer Auffassung, die der überwiegenden Mehrheit des Volkes fremd ist. Das sollten doch demokratisch sein wollende Parteien nicht übersehen! Den Drohungen mit dem „Kleinblod“ kann die nationalliberale Partei unter diesen Umständen und nach dem Ausfall der Landtagswahlen sowie der neuesten Gemeindebewahlen im Land ruhig entgegensehen. . . Verschwören wollen wir nicht, daß die Regierung sich in der Jesuiten- und Klosterfrage auf eine Landtagsmehrheit aus Zentrum, fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratie stützen kann. Weiterer Kommentar ist überflüssig. Aber man soll der nationalliberalen Partei mit Vorwürfen wegen der „drohenden Reaktion“ ufo. vom Leibe bleiben. Sie hat wirklich nicht nötig, sich Belehrungen darüber geben zu lassen, woher in Wirklichkeit die Reaktion droht und wer in Wirklichkeit ihre Tore öffnet, wenn nicht die Regierung dauerhafte und wirkungsvolle Schranken zu ziehen vermag.“

Zufrieden ist nur das Zentrum. Der „Freib. Bote“ schreibt:

„Das Zentrum kann mit dem Erreichten recht zufrieden sein. Die Duvertüre zum Landtag enthielt zwar für Zentrumszöhrer manche Disharmonien: Im ganzen Präsidentschaftswahl sah kein Zentrumsabgeordneter, so daß die Fraktion keine direkte Föhlung mit der Geschöftsföhrung hatte. Die Präsidentschaftswahl stand noch ganz unter dem Einfluß der Großblodwahlen. Auch die rechtsstehenden Nationalliberalen Reichblod und Komp. tangten nach Rebmanns Pfeife den Großblod-Tango. Genau in dem gleichen Sinne erfolgte die Wahl

Theater und Musik.

Interims-Sommertheater.

Zum erstenmal: „Die Kinofönigin“.

Operette in 3 Akten von G. Olfonowski und J. Freund. Musik von Jean Gilbert.

Dem „Saisonföhrer“ war es vorbehalten, Leben ins Theater zu bringen. An beiden Abenden haute sich das Publikum und merz teurer den guten Plätze mehr ergötzen konnte, bognte sich auch gerne mit einem bescheidenen; aber die „Kinofönigin“ mußte man eben doch gesehen haben. Und so zeigte denn endlich einmal am Samstag und Sonntag der Zuschauerraum jene ermunternde Fülle, die einem Theaterdirektor das so überaus heidung „stillbergnügte Schmunzeln“ abzugewinnen vermag. Auch das Publikum war höchst zufrieden, denn die Aufföhrung dieser Novität stand unter dem denkbar günstigsten Zeichen. Alles klappte, sowohl auf der Bühne wie im Orchester und auch die jenische Ausstattung war (im Vergleich zur alten Wetterbude) ein feinkünstlerische und fröhdigedene. Das Textbuch, guttoll aller rührenden Sentimentalität frei, ist fest aufgebaut, wirksam und in hohem Maße unterhaltsam. Schließlich soll das ja auch der Endzweck eines jeden Operettendudes sein. Zur Föhrung bringen kann man uns immer wieder mit Tristans Liebesleid und das Erzählen bezogen Eulenberg, Schaw und Konforten unbehindert weiter. Also wie gefogt, wer sich brillant amüsieren will, der wird bei der „Kinofönigin“ reichlich Gelegenheit finden. Man laßt sogar heute noch über die beiden Haupttrüder „Verfilmung Clutterbeds bei seinem Liebesabenteuern“ und „Drehbare Wand mit Sonderpa“, obwohl diese Trüder schon längt ihre Schuldbigkeit in anderen guten Stücken gekan haben. Schon der alte Waldemar Knauer wird ohne sein Wissen in „Hans Gudebein“ beim Seitenprung „abgefimmt“ (simmiert) (1) fängt auch nicht heimlich) und die Liebhaber in der Nähstube von „Gottsche u. Co.“ verschwandem schon vor 12 Jahren auf Sophas hinter drehbaren Wänden. Die Art aber, wie die beiden Zeitdichter diese altbewährten Bühnennittelchen in ihrem Vortretto zur Anwendung brachten, wirkt heute wieder recht reizvoll. Auch der sichtbare List, der mit einem Liebespärgeln in halber Höhe steden bleibt, verfehlt nicht seine Wirkung auf das dankbare Publikum. Reich an komischen Situationen, widelt sich die Handlung folgendermaßen ab:

Die Kinofönigin (Delia Gilt), welche mit ihrem Partner, Baron Viktor de Gardennes, der nur inoffiziö Filmarbeiter ist, ein Liebesverhältnis unterhält, erfährt von dritter Seite (Bobby Lopp), daß sich der Baron mit der Tochter des Millionärs Clutterbed verloben will. Bestürzt ist ein großer Feind der Kinofönigin. Delia führt sich unter dem Titel einer Fürstin Taktische bei Clutterbed ein. Clutterbed, der einem feinen Seitenprung nicht abgeneigt ist, folgt einer diskreten Einladung in ihre Wohnung, wo er ohne sein Wissen und unter allerlei komischen Situationen in einer neuen Kinofaufnahme die Hauptrolle spielt. Auch der Baron wird darin mit. Clutterbeds Gemahlin und Tochter werden ebenfalls eingeladen, wo diese dann Zeugen einer scheinbar kompromittierenden Liebeserklärung Clutterbeds werden. Die Verlobung mit dem Baron wird gelöst. Clutterbed sieht nun an jedem Kinobesucher seinen Namen in großen Buchstaben, alle Kinder laufen ihm nach und er wird zum Gespött der Menschen. Dies kann er nicht länger ertragen, so daß er beschließt, zu verreisen. Da liest er in der Zeitung einen Artikel des Barons Viktor, in dem bekannt gemacht wird, daß Clutterbeds Mitspielen lediglich zu werblichen Zwecken erfolgt ist. Unter komischen Situationen löst sich schließlich alles in Wohlgefallen auf.

Um dieses Gemisch von Wit und toller Laune hat nun Jean Gilbert seine echt Gilbertsche Musik gewunden, die, wenn auch keine musikalische Offenbarung, immerhin recht gefällig und manchmal sogar eigenartig ist. Dankbare Nummern hat der Komponist genügend eingesetzt und einige von ihnen beherrschen gegenwärtig das leichte Musikprogramm aller Großstädte als richtige „Schlager“. Hierher gehören die längst schon populär gewordenen Nummern: „Ach Amalie“ (gesungen von Herrn Robert), „In der Nacht“ (gesungen von Herrn Bömer) und das ansprechende „Liebliche kleine Dingerehen“ (gesungen von Herrn Schwarz).

Ueber die Eröffaufföhrung am Samstag läßt sich nur das Beste sagen. Das Stück war von Ferd. Robert sorgfältig vorbereitet und mit Aufwendung aller verfügbaren Mittel prächtig ausgestattet worden. Stürmischer Beifall löhnte die große Mühe und tief, neben den verdienstvollen Darstellern, nebst ihrem Regisseur, auch den Direktor und den Kapellmeister vor die Rampe. Für die unfröhdige musikalische Leitung verdient Carl Weislopp ebenfalls weitgehendes Lob. Von den Darstellern sei zunächst Ferd. Robert als „Clutterbed“ genannt; er füllte seine dembare, aber schwere und anstrengende Aufgabe reitlos aus, allemeyern Reizkour aus. Sehr gut

disponiert war an diesem Abend Ilse Pagenstecher als „Delia Gilt“, genannt die Kinofönigin. Ihr natürlicher Charme, gepaart mit kraftvoller Stimme in der Höllelage, darf als ein Vorzug von Ilse Pagenstechers Darstellung angesehen werden. Max Schwarz spielte recht flott und beweglich den „Baron“ und — was die Hauptrolle ist — er bemühte sich diesmal auch, der gejanglichen Seite ihrer gebührenden Tribut zu zollen. Der günstige Erfolg konnte nicht ausbleiben und man machte die Wahrnehmung, daß Schwarz von Haus aus joviell natürlich-sympathischen Stimmfönd miltörigt, der es gar nicht erfordert, durch unsangliches Forcieren über die höchsten Tonlagen noch hinaus geschraubt zu werden. Es freute uns, wenn unser wohlgemeinter Rat bei einem sonst so eifrigen Mitglied Beachtung finden würde. Als der neue Tenor stellte sich uns Edmund Bömer in der Partie des „Billy Galton“ vor. Sein erstes Auftreten hinterließ einen durchaus befriedigenden Eindruck. Obwohl gerade dieser „Stotterer“ keine geeignete Gelegenheit bieten konnte, die stimmliche Qualitäten in ihrem ganzen Umfang abzuzeichnen, so wollen wir doch hoffen, daß uns das neue Mitglied im Laufe der Zeit nur günstige Eindrücke bieten möge. Sehr munter und lobenswert war auch noch Doll Eichelberg als Millionärs-töchterchen „Anni“. Gut zeichnete Fritz Behold seinen „Bobby Lopp“ und verdient deswegen ebenfalls ein anerkanntes Wort des Lobes. Die übrigen Darsteller, wie z. B. Helen Maerals „Virginia“, Fritz Becker als „Freddy“, Claire Wallich als „Maude“, taten alle ihr Bestes und halfen mit zum guten Verlauf des Abends. W. Sch.

Witz-Spiele-Dietlingen. Ein großer Genuß steht für den 9. Juli bevor. Die Spielleitung hat beschloffen, an diesem Tage eine Abendvorstellung, verbunden mit Beleuchtung der großartigen Naturbühne und Kunstfeuerwerk, zu veranstalten. Nach der Erfahrung des letzten Jahres wirkt ein Naturkaufspiel in der Stille des Abends und im Glanz der scheidenden Sonne besonders tief, zumal dieses Jahr, da Goethes gewaltiges Jugendwerk gespielt wird und die Darstellung die höchsten Ansprüche befriedigt. Auch die Beleuchtung der Naturbühne, wie das Feuerwerk werden wieder großes Interesse finden und werden. Der Besuch dürfte sehr stark werden. Es empfiehlt sich deshalb, sich baldigst mit Eintrittskarten zu versehen. Das Spiel wird um halb 10 Uhr zu Ende sein, so daß man nicht zu spät wieder nach Hause kommt. Näheres in der Anzeige.

der Kommissionen, der Vorsitzenden und Berichterstatter. Das war zunächst kein erfreuliches Bild. Das änderte sich aber sofort, als die eigentliche Parlamentsarbeit begann. Das an die Hand gedrückte Zentrum trat sowohl bei der Arbeitsleitung in den Kommissionen, wie auch mit gediegenen Redefrästen im Plenum in den Vordergrund und behielt dann die Führung bis zum Schlusse, trotzdem ein erheblicher Prozentsatz seiner besten Kräfte durch Doppelmandate nur für einen Bruchteil der Tagung dem Modell zur Verfügung stand.

Kommunalpolitik.

Gemeinderatswahl in Bruchhausen. Letzten Samstag und in Bruchhausen Gemeinderatsersatzwahl statt. Zwei Kandidaten standen sich gegenüber. Gewählt wurde Theodor Deingler II mit 65 Stimmen. Der Gegenkandidat Eugen Speck, der zu gern das Amt erhalten hätte, muß nun jetzt noch ein bißchen Geduld haben, vielleicht reicht es das nächste Mal.

Gegen die Wohnungsnot. Um der Wohnungsnot zu wehren, hat der Gemeinderat von Willingen beschlossen, 16 Einfamilienhäuser auf Rechnung der einzelnen Besteller nach Maßgabe eines Vertrages auf den Schützenwiesen zu errichten. Die Plätze für diese Häuser werden zum Preise von 1 Mk. für den Quadratmeter zuzüglich 50 Pf. pro Quadratmeter als Beitrag zu den Straßenkosten abgegeben.

Berichtszeitung.

Schwurgericht.

§ 303, 304, 305, 6. Juli.

Vor dem Schwurgericht begann heute vormittag die Verhandlung der Anklage gegen den am 22. September 1882 zu Heidelberg geborenen Lapezierer Ludwig Meßger wegen Brandstiftung.

Den Vorsitz der Verhandlung, für die zwei Tage vorgeesehen und 88 Zeugen geladen sind, führt Landgerichtsdirektor Dr. Reich, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Kuenzler und die Verteidigung des Angeklagten liegt in den Händen der Rechtsanwälte Strauß und Klinkowström.

Dem Angeklagten ist zur Last gelegt, daß er in der Nacht vom 20. auf 21. Januar d. J. nachts zwischen 12 und halb 3 Uhr in Heidelberg sein Wohnhaus in Brand gesetzt habe, jedoch der Dampfschlucht abrannte und ein Schaden von ca. 6200 Mk. entstand.

Der Angeklagte hat in dem Vorverfahren ein Geständnis abgelegt, das er später widerrufen hat. Im Beginn der heutigen Hauptverhandlung weist der Vorsitzende den Angeklagten darauf hin, daß ein erdrückendes Beweismaterial gegen ihn zusammengetragen wurde und fragt ihn, ob er angesichts dessen nicht ein offenes Geständnis ablegen wolle.

Meßger antwortet: „Ich bin unschuldig.“ Darauf wird in die Verhandlung eingetreten.

Der Angeklagte wird zunächst über seine persönlichen und Vermögensverhältnisse verhört. Er hatte zuletzt ein Möbel- und Lapeziergeschäft in Heidelberg, das aber sehr schlecht ging, so daß Meßger, um Pfändungen zu verhindern, von Verwandten u. a. Darlehen im Gesamtbetrag von ca. 20 000 Mk. aufnehmen mußte. In der Geldnot verübte er auch einige Wechselkäufungen, die ihn dieser Tage auf die Anklagebank der Strafkammer führten und ihm 5 Monate Gefängnis eintrugen.

Meßger wird dann über sein Tun und Lassen zur Zeit des Brandes vernommen. Er erklärt, daß er zu dieser Zeit überhaupt nicht in Heidelberg gewesen sei; er habe am 20. Januar dieses Jahres vormittags auf dem Amisgericht in Nagold einen Termin gehabt und habe am 19. abends von Heidelberg nach Bruchsal fahren wollen und von dort dann über Durlach nach Pforzheim und Nagold. In Heidelberg habe er den Zug verfehlt, sei dann zu Fuß nach Bruchsal gegangen und habe dort dem Chauffeur Hessel getroffen. Diesen habe er gefragt, ob er ihn nach Bretten fahren wolle, wozu Hessel bereit gewesen sei. Sie seien dann mit dem Automobil über Heidelberg nach Bretten gefahren und in einer Kneipe abgestiegen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wozu er denn eigentlich nach Bretten gefahren sei, erzählt der Angeklagte eine dunkle Geschichte von einer geheimnisvollen Dame, die er einmal in Frankfurt kennen gelernt habe, deren Name er aber nicht wisse. Dagegen wisse die Dame seinen Namen und Adresse und sie habe ihm eine Karte geschrieben und ihn nach Bretten bestellt. Vorsitzender: Woher wissen Sie denn, daß die Karte gerade von der Frankfurtur Dame kam? Angekl.: Wir hatten ein Zeichen miteinander vereinbart und das war auf der Karte. Vor.: Was war denn das für ein Zeichen? Angekl.: (äogernd): Ein S. (Heiterkeit.) Vor.: Haben Sie die S-Dame dann auch getroffen? Angekl.: Nein. Der Angeklagte erzählt weiter, er sei dann um 12 Uhr nachts mit dem Automobil von Bretten losgefahren, sei durch Heidelberg gefahren und sei dort vor seinem Haus aus dem langsam fahrenden Auto ausgestiegen, um zu sehen, ob die Haustüre geschlossen sei; der Chauffeur sei langsam weitergefahren. Vor.: War die Türe verschlossen? Angekl.: Ja. Vor.: Zu dem Chauffeur haben Sie aber gesagt, sie müßten ins Haus, um ihre Aften für den Nagolder Termin und Geld zu holen und haben ihm dann gesagt, sie hätten nicht ins Haus gehen können, es sei verschlossen und sie hätten keinen Schlüssel. Dabet haben Sie den Hauschlüssel in der Tasche gehabt. Angekl.: Das weiß ich nicht. Vor.: Ist es richtig, daß Ihre Frau und Ihre Kinder, wenn Sie, wie das öfter vorkam, draußen herumfuhrwerken, bei Ihnen Schwiegereltern übernachteten? Angekl.: Ja. Vor.: Waren Ihre Frau und Ihre Kinder in der Nacht im Haus? Angekl.: Ja. Vor.: Man hat schon daran gedacht, daß Sie schon in dieser Nacht vielleicht etwas vor hatten, daß Sie aber so viel Furcht hatten, um es mit Rücksicht auf die schlafende Frau und Kinder nicht zu tun. Angekl.: Ich hatte nichts vor, ich wollte sehen, ob die Haustüre verschlossen sei. Vor.: Sie sind dann mit dem Automobil nach Karlsruhe gefahren, sind dort im Kaiserautomot und im Café Zentral eingestiegen und sind dann mit dem Auto nach Karlsruhe gefahren. Dort haben Sie das Auto entlassen, es hat 36 Mk. gekostet, davon haben Sie 10 Mk. bezahlt. Ist das richtig? Angekl.: Ja. Vor.: Um 5.25 Uhr am Morgen des 20. Januar sind Sie mit der Bahn nach Pforzheim gefahren und von da 8.02 Uhr nach Nagold. Dort sind Sie mit einem Frauenzimmer im Gasthaus abgestiegen und haben ein geheiztes Zimmer bestellt. War das die S-Dame? Angekl.: Ja. Vor.: Wo hatten Sie sie getroffen? Angekl.: In Pforzheim. Vorsitzender: Zufällig oder absichtlich? Angekl.: Zufällig. Vor.: Woherlegen Sie nur ruhig, was für Sie günstiger ist. Angekl.: Absichtlich. (Heiterkeit.) Vor.: Sonderbar, am Abend vorher bestellt die S-Dame Sie nach Bretten und am anderen Morgen treffen Sie sie absichtlich in Pforzheim. Angekl.: Jaweig. Vor.: Sie haben dann Ihren Termin auf dem Amtsgericht in Nagold wahrgenommen, sind dann nach Bruchsal gefahren, dann nach Pforzheim zurück, wo Sie um 5 Uhr abends ankamen. Angekl.: Jawohl, das Frauenzimmer habe ich dann auf den Abend nach Bretten bestellt und ich selbst bin nach Durlach gefahren, um dort Geschäfte zu erledigen. Um 11.28 Uhr bin ich nach Bretten gefahren, habe aber dort das Frauenzimmer nicht getroffen und bin dann zu dem Kutscher Gerwed, um mich mit dem Fuhrwerk nach Pforzheim fahren zu lassen, da kein Zug mehr ging und ich am anderen Morgen zur Urteilsverfällung in meinem

Termin in Nagold sein wollte. Vor.: Wann sind Sie zu dem Kutscher gekommen? Angekl.: Um 1/4 oder 1/2 12 Uhr. Vor.: Der Kutscher Gerwed sagt aber, wie Sie dann hören werden, es sei 1/3 Uhr gewesen. Angekl.: Das ist nicht wahr. Vor.: Es besteht nun der dringende Verdacht, daß Sie gerade in der Zeit, zwischen Ihrer Ankunft in Bretten und Ihrem Besuch bei dem Kutscher Gerwed, zu Fuß nach dem etwa 10 Kilometer entfernten Heidelberg gegangen wären, dort in Ihrem Haus den Brand gelegt hätten, dann wieder zu Fuß nach Bretten zurück seien, und um sich ein Mißli zu sichern, mitten in der Nacht den Gerwed herausgerockelt hätten. Angekl.: Ich bin nicht in Heidelberg gewesen. Der Kutscher hat mich nach Pforzheim gefahren, wo wir um 4 1/2 Uhr morgens ankamen. Vorsitzender: Warum haben Sie denn so pressiert, daß Sie zur Urteilsverfällung kommen. Die war ja erst abends um 6 Uhr. Bis dahin hätten Sie auch mit der Bahn nach Nagold kommen können, da hätten Sie kein Fuhrwerk gebraucht. Angekl.: Ich habe nicht gemerkt, daß die Urteilsverfällung abends stattfindet, ich dachte morgens. Sie sind aber dann nicht nach Nagold, sondern von Pforzheim aus sind Sie nach Durlach und Karlsruhe, waren dort im Kaiserfinko, bei dem Handwerker Walter und haben sich auch in der Schwurgerichtsverhandlung in Nordproßach Sattler herumgetrieben. Um 6 Uhr abends sind Sie in Durlach weggefahren; dort hat man Ihnen auch die Reuigkeit von dem Brand erzählt. Als Sie in Heidelberg ankamen, hat Sie der Gendarm gleich verhaftet. Angekl.: Jawohl. Vor.: Man hat an der Brandstelle einen neuen Gegenstand gefunden. Am 24. Dezember o. J. haben Sie auf einer Autofahrt nach Pforzheim dort einen Schirm gekauft und zwar im gleichen Geschäft, aus dem der am Brandort gefundene stammt. Ist das richtig? Angekl.: Ich weiß nicht, ob ich in Pforzheim einen Schirm gekauft habe. Vor.: Der Chauffeur weiß es aber noch ganz genau, er weiß auch noch das Geschäft. Am 26. Februar d. J. haben Sie vor dem Untersuchungsrichter auch ein Geständnis abgelegt. Sie haben damals zugegeben, in der fraglichen Zeit zu Fuß nach Heidelberg gegangen zu sein und dort auf dem Speicher hängende Sacke angezündet zu haben; dann seien Sie wieder nach Bretten zurück. Allerdings haben Sie das Geständnis am 2. März widerrufen.

Die beiden Verteidiger bitten jetzt um eine Unterbrechung, um mit dem Angeklagten Rücksprache zu nehmen wegen eines Geständnisses. Die Rücksprache bleibt erfolglos.

Aus der Mitte der Geschworenenbank wird durch den Vorsitzenden dem Angeklagten kund getan: Schon nach dem Verhör steht die Sache derart ungünstig für Sie, daß es wohl geboten scheint, ein offenes Geständnis abzulegen.

Auch der letzte Appell verfallt erfolglos. Der Angeklagte bleibt fest: „Ich war es nicht.“

Es muß daher die ganz umfassende Beweisaufnahme durchgeführt werden. Die Verhandlung wird um halb 2 Uhr abgebrochen. Fortsetzung halb 4 Uhr.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung legte der Angeklagte ein umfassendes Geständnis ab. Er gab zu, am Abend des Brandes von Durlach nach Bruchsal gefahren zu sein, von Bruchsal sei er zu Fuß nach Heidelberg bis an sein Haus gegangen. Dort habe er im Speicher einen Kerosin- und ein Spiritusgefäß gestellt, so daß das Gras, wenn der Lichtstump abgebrannt war, Feuer fangen mußte. — Infolge dieses Geständnisses konnte auf die Vernehmung der meisten Zeugen verzichtet werden, so daß die Verhandlung am gestrigen Tage noch zu Ende geführt werden konnte. Der Angeklagte wurde unter Anrechnung der dieser Tage von der Strafkammer erkannten 5monatigen Gefängnisstrafe zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt und ihm außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt.

Bewerkschaftliches.

„Christliche“ Berichterstattung.

Das Urteil im Verleumdungsprozeß Reimüller-Klöpper gegen die Christen und ihre Zeitungen paßt dem Redakteur der christlichen „Gewerkschaftsstimme“, welcher bekanntlich zu 25 Mk. Geldstrafe und den Kosten, außerdem zur Publikation verurteilt wurde, durchaus nicht. In der Nummer 27 der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ behandelt Herr Frankenberg das Urteil in „christlichen“ Sinne. Trotzdem Herr Frankenberg als Verleugner der Verhandlung behauptete und ihm nachgewiesen wurde, daß er die Unwahrheit geschrieben hat, greift er auch jetzt wieder zu Unwahrheiten. Zunächst stellt er die Sache so dar, als ob der Vertrauensmann der freien Organisation deshalb entlassen worden wäre, weil er gegen die Christen agitiert habe. Dabei muß aber Herr Frankenberg ganz genau wissen, daß P. deshalb entlassen wurde, weil er einen Anschlag im Betriebe irtümlich ausgeführt hatte und deshalb dem Sägemesser entgegengerat. Dann behauptet Herr Frankenberg weiter, der Beamte des „sozialdemokratischen“ Holzarbeiterverbandes Sigmund, habe dem Gesamtverbandessekretär Esting gegenüber bestätigt, daß der Streik allen gewerkschaftlichen Regeln zuwider vom Raune gebrochen sei. Diese Behauptung ist direkt aus den „christlichen“ Fingern gezogen, denn Sigmund hat ausdrücklich erklärt, daß er den Streik für durchaus berechtigt gehalten habe. Im Urteil heißt es wörtlich: „Seitens der Kribsattäger und dem Zeugen Sigmund wird nach Ansicht des Gerichts (von uns gesperrt gedruckt) in unzutreffender Weise behauptet, dieser „regelwidrige Ausbruch“ des Streiks werde durch die nachträgliche iatächtig erfolgte Genehmigung geheilt.“

Das ist doch jedenfalls etwas anderes als was hier dem Genossen Sigmund von den Christen in den Mund gelegt wird. Als Schlichter waren ein Konditor und ein Schlossermeister bei der Verhandlung und glücklicherweise sind die freien Gewerkschaften noch nicht so weit, daß sie solche Leute darüber entscheiden lassen, ob ein Streik berechtigt oder nicht berechtigt ist. Das entscheiden die freien Gewerkschaften noch immer selbst, wenn sich diesbezüglich auch bei den Christen eine ganz bedenkliche Verirrung zu Ungunsten der Arbeiterschaft geltend macht.

Herr Carl Frey, Eisfabrikant und Bierverleger in Pforzheim, nebst Sohn, standen vor dem Schwurgericht, um sich wegen Mißhandlung eines streifenden Vierfährers zu verantworten. Die bürgerliche Presse von Pforzheim berichtet, daß der Vierfährer dabei eine ordentliche Tracht Prügel erhalten habe. Trotzdem erhielt Herr Frey sen. nur 20 Mk. und Frey jun. 10 Mk. Geldstrafe nebst Kosten. Streifende Arbeiter wären wohl nicht so billig davon gekommen. Das ist die zweite Verurteilung des Herrn Frey. Andere Klagen schwächen noch. Herr Frey scheint viel Geld an seinem Geschäft verdient zu haben. Trotzdem behauptete er, daß er nicht in der Lage sei, den Tarif zu bewilligen.

In Sachen einstweiliger Verfügung haben Herr Frey und sein Fabrikmeister eidesstattliche Versicherungen abgegeben, die mit den eidesstattlichen Versicherungen der Arbeiter in trassem Gegensatz stehen. Herr Frey hat sich durch seinen Eigenfinn eine böse Suppe eingebracht. Das Gewerkschaftsamt Pforzheim hat sich mit der Sache Frey beschäftigt und folgende Resolution angenommen:

Die am 18. Juni 1914 im Herbergsaal stattgefundene Parteiverammlung nimmt mit Entrüstung dessen Kenntnis, daß die Firma Frey ihre ehrenwörtlich abgegebenen Versicherungen, binnen drei Wochen dafür zu sorgen, daß die alten Arbeiter wieder eingestellt oder anderweitig untergebracht werden, sowie alle sonstigen Differenzen zu beseitigen, nicht nur nicht nachkam, sondern die gesamte Arbeiterschaft von Pforzheim und Umgebung dadurch mißachtete, daß sie durch öffentliche Kundgebungen, die sich um die friedliche Beilegung der Differenzen bemühenden Gewerkschaftsführer in Mißkredit zu bringen verjuchte.

Aus diesem Verhalten muß geschlossen werden, daß die Firma Frey kein Interesse daran hat, mit der Arbeiterschaft von Pforzheim und Umgebung auf gutem Fuß zu bleiben. Aus diesem Grund erklärt die Versammlung des Gewerkschaftsamt Pforzheim, daß aus ihrerseits keine Veranlassung vorliegt, die Unterstützung dieser Firma der organisierten Arbeiterschaft zu empfehlen.

Darin erkläre die Brauerei Mosinger eine Vollstreckungserklärung. Wie die Welt doch durch die Brille des Unternehmers aussehend! Angeblich war Herr Frey doch eine selbständige Firma!

Eine Ausstellung von Gewerkschaften und Unfällen. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands hat in der Zeit vom 5. bis 11. Juli in Konstanz im „Kurjaal“ seinen Verbandstag ab. Mit der Tagung ist eine Ausstellung verbunden, welche Bilder von unfallverletzten Personen aus der chemischen Industrie und Papierwarenindustrie enthält. Die Verletzungen, die durch die Verätzung von Säuren und Laugen, durch Verbrennung infolge Explosion und Entzündung leicht brennbarer Flüssigkeiten, durch Hineingeraten der Arbeiter in Maschinen entstanden, bieten oft einen grauenhaften Anblick. Sie sind Zeugen von den Gefahren der gewerblichen Arbeit.

Neben den Unfallgefahren bedrohen gewerbliche Erkrankungen Leben und Gesundheit der Beschäftigten in verschiedensten Industriezweigen. Besonders in der chemischen Industrie ist das vorwiegend der Fall. Zur Verhütung wird auch in dieser Hinsicht manches geboten. Zahlreiche Bilder und Wachsabgüsse veranschaulichen die Einwirkungen von schädlichen Substanzen und deren Folgen während der Ausübung des Berufs. Die Beschäftigung der Ausstellung ist jedermann gestattet. Gewerkschaftler, Ärzten, Gewerbeaufsichtsbekämten und Arbeitern bietet sich hier die beste Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu bereichern.

Streikpostenverbot gegen christliche Gewerkschaftler. In Düren (Westf.) stehen die christlichen Holzarbeiter seit vielen Wochen im Streik gegen fromme katholische Unternehmer. In der Nacht vom 7. bis 8. Juni wurden einem arbeitwilligen Tischlergehilfen die Gartentrümpfe zertrümmert, worauf die Dilmener Tischlerinnung 100 Mk. zur Entbedung des Täters aussetzte. Die Pabstille Dilmener des christlichen Holzarbeiterverbandes setzte darauf die gleiche Belohnung für denjenigen aus, der in der Lage sei, nachzuweisen, daß die Tat von einem Streikenden ausgeführt worden sei; ansonsten sei die Tat verübt worden, um die streifenden Streikposten in der Dörflichkeit verächtlich zu können. Am 15. Juni 1914 erließ dann die Dilmener Polizeiverwaltung einfach ein Verbot des Aufstellens von Streikposten innerhalb eines Umkreises von 150 Metern von den beiden Bahnhöfen und den betreffenden Firmen; ferner die Wege zu den Nachbarorten wurden den Streikposten verboten. Die Verfügung fügt sich auf eine Polizeiverordnung zur „Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit auf öffentlichen Straßen“. Zuwiderhandlungen werden mit Strafe bedroht.

Es ist bisher noch nicht das geringste vorgekommen, was die Dilmener Polizeiverwaltung zu diesem offiziellen Streikpostenverbot veranlassen könnte. Trotzdem wird das Verbot sehr streng durchgesetzt; jeder Streikende wird, wie das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes mittelt, sofort mit 9 Mk. bestraft, wenn er auch nur auf dem Wege — zum Bahnhof ermittelt wird.

Man sieht, daß es die Ortsbehörden schon heute, ohne ein besonderes Arbeitsschutzgesetz, sehr leicht haben, das Streikpostenverbot illusorisch zu machen.

den, sowie alle sonstigen Differenzen zu beseitigen, nicht nur nicht nachkam, sondern die gesamte Arbeiterschaft von Pforzheim und Umgebung dadurch mißachtete, daß sie durch öffentliche Kundgebungen, die sich um die friedliche Beilegung der Differenzen bemühenden Gewerkschaftsführer in Mißkredit zu bringen verjuchte.

Aus diesem Verhalten muß geschlossen werden, daß die Firma Frey kein Interesse daran hat, mit der Arbeiterschaft von Pforzheim und Umgebung auf gutem Fuß zu bleiben. Aus diesem Grund erklärt die Versammlung des Gewerkschaftsamt Pforzheim, daß aus ihrerseits keine Veranlassung vorliegt, die Unterstützung dieser Firma der organisierten Arbeiterschaft zu empfehlen.

Darin erkläre die Brauerei Mosinger eine Vollstreckungserklärung. Wie die Welt doch durch die Brille des Unternehmers aussehend! Angeblich war Herr Frey doch eine selbständige Firma!

Eine Ausstellung von Gewerkschaften und Unfällen. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands hat in der Zeit vom 5. bis 11. Juli in Konstanz im „Kurjaal“ seinen Verbandstag ab. Mit der Tagung ist eine Ausstellung verbunden, welche Bilder von unfallverletzten Personen aus der chemischen Industrie und Papierwarenindustrie enthält. Die Verletzungen, die durch die Verätzung von Säuren und Laugen, durch Verbrennung infolge Explosion und Entzündung leicht brennbarer Flüssigkeiten, durch Hineingeraten der Arbeiter in Maschinen entstanden, bieten oft einen grauenhaften Anblick. Sie sind Zeugen von den Gefahren der gewerblichen Arbeit.

Neben den Unfallgefahren bedrohen gewerbliche Erkrankungen Leben und Gesundheit der Beschäftigten in verschiedensten Industriezweigen. Besonders in der chemischen Industrie ist das vorwiegend der Fall. Zur Verhütung wird auch in dieser Hinsicht manches geboten. Zahlreiche Bilder und Wachsabgüsse veranschaulichen die Einwirkungen von schädlichen Substanzen und deren Folgen während der Ausübung des Berufs. Die Beschäftigung der Ausstellung ist jedermann gestattet. Gewerkschaftler, Ärzten, Gewerbeaufsichtsbekämten und Arbeitern bietet sich hier die beste Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu bereichern.

Streikpostenverbot gegen christliche Gewerkschaftler. In Düren (Westf.) stehen die christlichen Holzarbeiter seit vielen Wochen im Streik gegen fromme katholische Unternehmer. In der Nacht vom 7. bis 8. Juni wurden einem arbeitwilligen Tischlergehilfen die Gartentrümpfe zertrümmert, worauf die Dilmener Tischlerinnung 100 Mk. zur Entbedung des Täters aussetzte. Die Pabstille Dilmener des christlichen Holzarbeiterverbandes setzte darauf die gleiche Belohnung für denjenigen aus, der in der Lage sei, nachzuweisen, daß die Tat von einem Streikenden ausgeführt worden sei; ansonsten sei die Tat verübt worden, um die streifenden Streikposten in der Dörflichkeit verächtlich zu können. Am 15. Juni 1914 erließ dann die Dilmener Polizeiverwaltung einfach ein Verbot des Aufstellens von Streikposten innerhalb eines Umkreises von 150 Metern von den beiden Bahnhöfen und den betreffenden Firmen; ferner die Wege zu den Nachbarorten wurden den Streikposten verboten. Die Verfügung fügt sich auf eine Polizeiverordnung zur „Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit auf öffentlichen Straßen“. Zuwiderhandlungen werden mit Strafe bedroht.

Es ist bisher noch nicht das geringste vorgekommen, was die Dilmener Polizeiverwaltung zu diesem offiziellen Streikpostenverbot veranlassen könnte. Trotzdem wird das Verbot sehr streng durchgesetzt; jeder Streikende wird, wie das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes mittelt, sofort mit 9 Mk. bestraft, wenn er auch nur auf dem Wege — zum Bahnhof ermittelt wird.

Man sieht, daß es die Ortsbehörden schon heute, ohne ein besonderes Arbeitsschutzgesetz, sehr leicht haben, das Streikpostenverbot illusorisch zu machen.

Aus der Partei.

Der elsass-lothringische Landesparteitag.

Sonntag abend wurde in Straßburg der Parteitag der sozialdemokratischen Partei für Elsaß-Lothringen eröffnet. Anwesend waren 2 Delegierte, ferner der Genosse Bartels vom Parteivorstand und die Vertreter der benachbarten Bruderorganisationen aus Bayern, Württemberg und Baden. Aus dem Bericht des Parteisekretärs Hueber geht hervor, daß die Mitgliederzahl, die im Jahre 1913 6220 betrug, im abgelaufenen Geschäftsjahre auf 7608, darunter 696 Frauen, gestiegen ist. Ebenso erfreulich ist auch der Kasernenbericht. Die Einnahmen der Landeskasse betragen 7408 Mk., wovon allein nach Berlin 3772 Mk. abgeliefert worden sind. Dieser abgelieferte Betrag ist noch nie erreicht worden.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht erklärte Genosse Bartels, was dem Antrag auf Schaffung eines Parteisekretariats für den Oberelsaß, daß der Parteivorstand heute schon 2 Sekretäre für Elsaß-Lothringen bestelle, daß er aber die Frage eines erhöhten Agitationszweckes wohlwollend prüfen werde. Der Antrag auf Schaffung eines Sekretariats wurde dem Landesvorstand zur Befürwortung überwiesen. Ein weiterer Antrag, Doppelmandate nicht zuzulassen, wurde vom Genossen Emmel als unpraktisch und für Elsaß-Lothringen nicht durchführbar bezeichnet. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte dahin erledigt, daß man zur Tagesordnung überging.

In der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde ein Antrag angenommen, der besagt, der Landesparteitag möge dahin wirken, daß in Zukunft mehr über die Grundgedanken des Sozialismus als über politische Streit- und Zeitfragen gesprochen werde.

In der Sonntagsvormittagsverhandlung wurde zunächst über den Antrag der Wülflauer Parteigenossen, beim Kaiserhoch und auch beim Verlesen von kaiserlichen Handschriften sitzen zu bleiben, debattiert. Genosse Grumbach-Park sprach zu dem Antrag, worauf Gen. Reitzes folgende Erklärung für die sozialdemokratische Landtagsfraktion abgab:

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion befaßte sich bereits vor zwei Jahren mit der Frage des Verhaltens beim Ausbringen eines Kaiserhochs im Parlament. Ausgehend von der Annahme, daß dieser Handlung eine politische Bedeutung nicht zukomme, überließ sie es jedem einzelnen Fraktionsmitglied, nach eigenem Gutdünken, keinem eigenen Geschmad entsprechend zu handeln. Nachdem aber die Regierung und mit ihr die bürgerliche Presse aus der Frage des Verhaltens der Sozialdemokraten beim Kaiserhoch eine Staatsaktion gemacht und das verabschiedete Verhalten im Parlament dahin verstanden, daß die sich von ihren Seiten erhebenden oder sich aus dem Saal entfernenden Genossen damit der Kundgebung für den Monarchen zustimmen, während nur die im Saale sitzenden Genossen eine Gegenkundgebung veranstalten, erklärt die Fraktion, daß sie geschlossen jede monarchische Kundgebung ablehnt und auch in der Entfernung aus dem Saale keine Ausbringer des Kaiserhochs oder beim Verlesen einer kaiserlichen Postkarte eine Gegenkundgebung erwidert. Desgleichen lehnt die Fraktion ab, künftig einer etwaigen Aufforderung des Präsidenten, bei einer solchen Gelegenheit sich von den Plätzen zu erheben, Folge zu leisten.

Dieser Erklärung wurde einstimmig zugestimmt. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages für Elsaß-Lothringen wurde auch die Frage eines Appellates für Elsaß-Lothringen erörtert und

nom Genossen Bartels. Berlin betont, daß der Parteivorstand mit der Schaffung eines Kopfbattes einverstanden sei. — Darauf referierte Gen. Veitros über den Bericht der Langtagsfraktion, der mit Beifall aufgenommen wurde. — Genosse Gummel sprach über die Gemeinderatswahlen und rügte vor allen Dingen, daß entgegen einem Parteitagbeschlusse mehrere Ortsgruppen, darunter auch Colmar, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien schon im ersten Wahlgang geschlossen haben. — Gen. Gummel sprach über die Gemeinderatswahlen in Colmar. Genossenschaftlich verteidigte das Verhalten der Colmarer Genossen als einen Akt der politischen Notwehr. Einstimmig wurde folgende Resolution zu den Gemeinderatswahlen angenommen:

„Die Landesversammlung spricht den Parteigenossen, welche anlässlich der Gemeinderatswahlen gegen den Beschluß der vorjährigen Landesversammlung gehandelt haben, ihre Weisheit aus und erwartet, daß die Parteigenossen ihren demokratischen Pflichten der Unterordnung unter die Weisheit der Gesamtpartei in Zukunft ausnahmslos gerecht werden.“

Dann sprach Abg. Böhle kurz über die Wichtigkeit des internationalen Kongresses in Wien. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Parteitag der elsass-lothringischen Sozialdemokratie würde es begrüßen, wenn auf die Initiative der deutschen und französischen Genossen der internationale Sozialistische Kongress in Wien in Uebereinstimmung mit dem Genauer Parteitag 1913 erklären würde, daß die Gewährung der republikanischen Autonomie an Elsaß-Lothringen im Rahmen des Deutschen Reichs die günstigste Basis schaffen würde für die in Interesse des Weltfriedens gebotenen deutsch-französischen Annäherung.“

Als Delegierter für Elsaß-Lothringen wurde Parteisekretär Gen. Queber gewählt. Die Vorstands- und Kontrollkommissionen nahen ergaben einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Genossen.

Zur Kaiserhochzeit schreibt uns Genosse Dr. Leo Aron: Der „Vorwärts“ bedauert in seiner Nummer 100 die Erklärung des bürgerlichen Parteitag, wonach kein Grund vorgelegt habe, beim Kaiserhoch im Reichstag von der alten Praxis abzuweichen. Dabei geht er, wie übrigens, soweit ich sehen kann, auch die anderen Parteiblätter, von der Ausnahme aus, als ob es außer dem Eigenbleiben nur des „Dabonlaufen“ gäbe. Und doch lobt der „Vorwärts“ in der gleichen Nummer, ja auf der gleichen Seite des Blattes ein anderes Verfahren, das, ohne die Höflichkeit gegen die Mehrheit des Hauses zu verletzen, von einer kaiserlichen Partei geübt, eine recht deutliche Demonstration ist. Freilich spricht der „Vorwärts“ dabei vom Reichstag und von der Zukunft, sondern vom preussischen Abgeordnetenhaus und von der Vergangenheit. Unter den „mannhaften Taten“ der Liberalen aus der Konfliktzeit führt er in Fettdruck auch auf: 22. Februar 1866. In das schließlich vom Präsidenten (des Abgeordnetenhauses) auf den König ausgebrachte Hoch stimmen nur die Feudalen und die Katholiken (das jetzige Zentrum) ein.

Man kann sehr zweifelhaft sein, ob unter den damaligen Verhältnissen nicht ein anderes Verfahren vorzuziehen gewesen wäre; die Liberalen hatten die überwindende Majorität; da hätte es nahegelegen, daß der Präsident statt eines Königshochs ein Hoch auf das preussische Volk und seine Rechte ausbrachte. Wenn trotzdem der „Vorwärts“ das einfache Stillschweigen der Liberalen beim Königshoch als eine mannhafte Demonstration feiert, so ist nicht einzusehen, weshalb nicht jetzt die sozialdemokratische Fraktion beim Kaiserhoch sich erheben soll, wie jene Liberalen, um so der Höflichkeitspflicht gegen den Reichstag selbst zu genügen, und durch Stummbleiben zu demonstrieren. Diese Art der Demonstration ist natürlich wirkungslos bei einer leeren Fraktion — sie zieht sich am besten zurück; bei einer so starken wie der jetzigen Reichstagsfraktion würde sie — an sich unanfechtbar — ihren Eindruck nicht verfehlen.

Verbandstag der Buchdruckerhilfsarbeiter.

kr. Leipzig, 4. Juli 1914.

Im Volkshaus tagt in der Woche vom 6. bis 12. Juli die Generalversammlung des Verbandes der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter. Im Vordergrund der Verhandlungen wird die Debatte über die Tarifgemeinschaft und ihre Zukunft stehen, scheint es doch so, als ob die Schwarzmacher im Buchdruckgewerbe unter allen Umständen einen Kampf wolle. Dieser Kampf muß auch der Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter gerecht werden und er will das durch eine Stärkung seiner Finanzen. Eine Beitragssteigerung schlägt der Verband aber nur in einer Beitragsklasse vor, während nach seiner Vorlage die Finanzreform im übrigen durch eine Regulierung des Unterhaltungsbedarfs durchgeführt werden soll. In den drei Jahren, über die der Verband an den Verbandstag in Leipzig berichtet, hat sich das Vermögen des Verbandes nur um 26 000 Mk. auf rund 144 000 Mk. vermehrt. Rund eine Viertelmillion kostete der Kampf im Steinbruckerhandwerk. Die Ausgaben für Unterhaltungen sind gewaltig gestiegen. So wurden allein für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben in runden Summen 1911 48 000 Mk., 1912 90 000 Mk. und 1913 94 000 Mk.

Die Zahl der Mitglieder war durch die Bewegung im Steinbruckerhandwerk einer Schwächung unterworfen. Immerhin hat der nach dem unglücklichen Ausgang der Bewegung eingetretene Rückgang den Gesamtzuwachs doch nicht weit machen können, jedoch am Schlusse der Berichtzeit, 1. Januar 1914, 16 984 Mitglieder gezählt wurden, gegen 16 801 im Jahre 1910. Die letzten Monate brachten eine stetige Steigerung der Mitgliederzahl, jedoch die Organisation hat 17 000 Mitglieder umfassen dürfte.

Von der Tagesordnung des Verbandstages verdient noch ein Referat über „Gesetz und Praxis im Koalitionsrecht“ Erwähnung. Die Zahlstelle Westau fordert in einem Antrag, daß geeignete Schritte unternommen werden sollen, eine Verschmelzung mit den übrigen graphischen Verbänden, im besonderen mit den Verbänden der Lithographen und Steinbrucker und der Buchbinder herbeizuführen. Die Zahlstelle Darmstadt stellt den gleichen Antrag und fordert, daß das gesamte in Buch- und Zeitungsbetrieben beschäftigte Personal dem neuen Anbinderband zuzuführen seien. Diese und andere Anträge werden zu interessanten Debatten Anlaß geben. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

Aus dem Lande.

Durlach.

— Das Volksfest, das die Partei und das Gewerkschafts-Komitee am Sonntag und Montag veranstalteten, hatte ziemlich unter der Ungunst der Witterung zu leiden, sowohl am Sonntag, wie am Montag. Immerhin herrschte an beiden Tagen ein sehr lebhaftes Treiben auf dem Festplatz. Auch die liebe Jugend kam einigermaßen auf ihre Rechnung.

Ettlingen.

— Die Verlegung des Endpunktes der Albtalbahn ist verfeilt. Wie bekannt, stimmte der Karlsruher Bürgerausschuß einer Vereinbarung, welche die Stadtverwaltung Karlsruhe mit der Badischen Lokalbahn-Gesellschaft unter Aufsicht des Ministeriums getroffen hat, zu. Damit ist erreicht, was die Stadtverwaltung Karlsruhe mit Zähigkeit erstrebte und von den Verantwortlichen des Albtals, Ettlingen und Rippurr mit aller Energie

bekämpft wurde — der Endbahnhof kommt an den neuen Staatsbahnhof Karlsruhe, wodurch ohne Zweifel sehr viele Fahrgäste, insbesondere die Arbeiter, in Nachteil gesetzt sind. Die Gründe, welche vom Standpunkt der Arbeiter des Albtals gegen die Verlegung der Albtalbahn nach Karlsruhe sprachen, haben wir an dieser Stelle schon wiederholt dargelegt, jedoch sich ein weiteres erübrigt; dies umso mehr, da wir vor einer vollendeten Tatsache stehen und uns mit der Sache abfinden müssen. Es mag noch ein Trost sein, daß es nicht gar so schlimm geworden ist, wie man befürchtete, für Einzelne kann die Neuverlegung sogar einen Vorteil bedeuten.

Der Vertrag sieht die Inbetriebnahme des neuen Bahnhofs bis längstens 1. Januar 1915 vor. Die B. L. G. G. verpflichtet sich, vom Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Endbahnhofs die Fahrpreise für alle Stationen der Albtalbahn entsprechend herabzusetzen, soweit Veränderungen der Tariflänge durch die Verlegung des Endbahnhofs sich ergeben und gleichzeitig den Preis für die einfache Fahrt Karlsruhe—Ettlingen auf 10 Pfg. und für die einfache Fahrt Karlsruhe—Ettlingen (Holzhof) auf 20 Pfg. und dementsprechend auch die Zeitkartenpreise zu ermäßigen. Die Preise für die Gemeindefahrkarten, welche zur Benützung der städtischen Straßenbahn vom Albtalbahnhof bis zur Kriegstrasse über Rippurrer Straße, bis Marktplatz über Ettlinger Straße, bis Hauptpost über Karlsruhe, bis Gartenstraße und umgekehrt berechneten, sind wie folgt gestellt:

Fahrtausweis		Preis der Gemeindefahrkarte
Einfache Fahrt	Fahrtausweis (gültig für 30 Fahrten)	0,25 Mk.
	Zeitkarten:	7,15 „
	für 1 Monat	7,70 „
	„ 2 „	14,90 „
	„ 3 „	22,85 „
	„ 6 „	40,40 „
	„ 12 „	76 „
	Monatskarten für Schüler	4,50 „
	Gebührenkarten für Schüler	2,25 „
	Arbeiter- und Dienstkarten	1,05 „

Die Arbeiterwochenkarten haben also eine Preissteigerung von 15 Pfg. erfahren, d. h. nur für solche, welche auch die obengenannten Strecken der Karlsruher Straßenbahn mitbenützen.

Das wären also die Neuerungen, die jedenfalls viele nicht befriedigen, aller Voraussicht nach aber vorläufig als gegeben angenommen werden müssen. Die Deputation, welche der Gemeinderat Ettlingen ins Karlsruher Ministerium entsandte, dürfte einen Wegeregang gemacht haben, denn es war ja gerade das Ministerium des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, welches bei diesen Abmachungen die Rolle des Beobachters spielte.

Offenburg.

— Sozialdemokratischer Verein. In der Versammlung vom letzten Samstag erlatete Gen. Winter den Bericht vom badischen Parteitag. Redner behandelte insbesondere die Sekretariatsfrage, wobei er die Haltung der Offenburgener Delegierten verteidigte und die jetzt vorgenommene Lösung für eine glückliche erklärte. In allen künftigen Kreisen sei der Wunsch laut geworden, durch Schaffung von Agitationsstellen selbständige Kräfte zu erhalten. Es könne jetzt mehr in der Kleinarbeit geleistet werden. Die Presse könne durch Mitarbeit vom Lande besser unterrichtet werden. Zur Frage der Landespolitik sei es zu begrüßen, daß jetzt die Richtlinien klarer sind und die Partei bei künftigen Wahlen ohne Rücksicht auf andere Parteien zu nehmen, den Kampf energisch gegen die Feinde ringsum aufnehmen kann. Zur Frage des Kaiserhochs sei ungewiss, ob eine ungeduldige längere Debatte auf dem Parteitag geführt werden. Die Haltung der Reichstagsfraktion in der Sache sei aus den gegebenen Verhältnissen heraus selbstverständlich. Im großen ganzen könne man mit den Arbeiten des Parteitag zufrieden sein. Würdenswert wäre es, wenn die Diskussionen auf den Parteitag nach der Richtung in andere Bahnen gelenkt würden, daß auch die einzelnen Kreise in den Diskussionen mehr zur Geltung kommen. So seien es immer fast die selben Redner, die zum Parteitag kommen. Auch sei die Verhandlungszeit zu beschränkt gewesen, da am 1. Tag schon abends 7 Uhr, am zweiten bis mittags 2 Uhr geräumt werden mußte. Hier hätten die Freiburger Genossen etwas mehr Rücksicht bei der Besatzfrage walten lassen müssen. Alles im allem habe der Parteitag gezeigt, daß ein früherer Zug west, auf allen Seiten ist der Kampf gegen die Arbeiterbewegung im Gange, dies mußte dem Parteitag die Richtlinien zum weiteren Handeln geben. (Beifall.) Genosse Fritsche gibt seine Stellungnahme zu verschiedenen Bestimmungen des Parteitag kund. Der Vorschlag des Landessekretärs Hahn, für die kommenden Wahlen schon jetzt den Kriegsfond anzulegen, sei nur zu begrüßen. Es sei auch angebracht, daß wir am Tage auch einen solchen Wahlsonntag anlegen, in dem Ueberflüsse von Festlichkeiten, freiwillige Beiträge usw. angeammelt werden können. Er erhebt dies zum Antrag. Es wird aber beschlossen, die Sache auf die nächste Versammlung zu verlagern. Die hierauf folgende Diskussion war eine rege. Die Haltung unserer Delegierten in der Sekretariatsfrage wurde bedauert, man ist der Ansicht, daß hier wieder etwas halbes gemacht wurde. Es sei fraglich, ob wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln etwas erprobliches erreichen können. Allgemein wurde begrüßt, daß jetzt die Kampflinien klarer sind, daß wir ohne Rücksicht den Kampf gegen die von allen Seiten drohende Reaktion führen müssen. Die Ansicht, die Haltung unserer Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch befere unsern Gegnern die Waffen zu unserer Bekämpfung, sei irrig. Diese seien, wenn es gälte die Sozialdemokratie zu bekämpfen, einzig; kein Mittel sei ihnen dann zu schlecht, mit Lüge und Verleumdung wird da operiert. Die Haltung der Fraktion ist konsequent aus den Verhältnissen gegeben. Gen. Winter ging in seinem Schlusswort auf das in der Diskussion vorgebrachte ein.

Zu Punkt 2 wurde die Wahl von 8 Delegierten zur Kreisversammlung vorgenommen. Aus den benachbarten Orten kommen noch 2 hinzu. Unter „Inneres“ macht Gen. Monich beachtenswerte Vorschläge, um den Versammlungsbetrieb zu heben. Es werden noch einige Mißstände im Krankenhaus besprochen. Nach Erledigung noch einiger geschäftlicher Angelegenheiten konnte die schwachbesuchte Versammlung geschlossen werden.

Malsch, 3. Juli. Den Grundstein der Prägelpädagogik huldigt anscheinend auch der hiesige katholische Pfarrer M. Berberich. Am 1. Juli kam ein Knabe etwas zu spät in den Schullergerätedienst. Vom Pfarrer zur Rede gestellt, erklärte der Bub, er und seine Eltern hätten verstanden, die Kinder sollen nämlich schon um 1/2 Uhr in der Kirche sein. Dem Pfarrer sagte aber diese Antwort nicht, er befaßte dem Jungen, solange in der Schule zu bleiben, bis er, der Herr Pfarrer, komme. Als dann der Herr kam, führte er den Knaben in ein anderes Zimmer und prügelte ihn mit einem Meerröhrchen durch, u. a. gab ihm der Prediger der christlichen Nächstenliebe Siebe auf die Hände, so daß diese die answollen, auch der Rücken zeigte Rötchungsmerkmale. Dann mußte der Junge noch einige Stunden nachsitzen, so daß er seinem Vater das Mitgefühls nicht bringen konnte, was er sonst immer zu befragen hat. Letzte Erzähler das, die als Hauptstück ihrer Erziehungsmethode weiter nichts wie einen Meerröhrchen vor-

Mannheim, 6. Juli. Einen Selbstmordversuch im Landesgefängnis verübte Samstag nachmittag der Strafgefangene Reif, indem er sich mit einem Rasiermesser die Kehle zu durchschneiden versuchte, er wurde rechtzeitig an seinem Vorhaben gehindert. — Der 56 Jahre alte Goldarbeiter Richard H. n. o. l. d. stürzte letzte Nacht im „Grünen Hof“ die Kellertreppe hinab und erlitt einen Schädelbruch. Man überführte ihn in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus. — Die Leiche des 15 Jahre alten Schlosserlehrlings Jos. Jos. Grüber, der am Freitag im Schwimmbassin des Schwimmvereins ertrank, wurde fast an derselben Stelle, wo er unterging, gelandet.

Affenheim, 6. Juli. Auf hiesiger Gemarkung wurde aus dem Rhein eine weibliche Leiche gelandet. Anscheinend hat diese schon längere Zeit im Wasser gelegen.

Gutach, 6. Juli. Nach einem geringfügigen Wortwechsel erschoss gestern abend halb 12 Uhr im „Brauhaus“ der 24-jährige Jakob Böhre, Stalgerbauernsohn, den 23-jährigen Jakob Aelter, Bonnenbachbauernsohn, mit einem Revolver. Der Täter stellte sich der Gendarmerie.

Kenzingen, 6. Juli. Während eines Gewitters wurde ein Arbeiter auf dem Holzplatz der Firma C. A. Weber von einem Blitzstrahl getroffen und auf einer Seite gelähmt, zwei weitere Arbeiter wurden zu Boden geworfen, kamen jedoch mit dem Schrecken davon.

Protest der Fuhrleute. In Eggenstein fand Sonntag mittag eine Versammlung der Fuhrwerksbesitzer und Fuhrleute von Eggenstein und Umgebung statt, die sich in scharfer Weise gegen den derzeitigen Zustand der Landstraße Nr. 19, Karlsruhe-Neuerut, aussprachen. Die genannte Straße ist mit Teer-Macadam neu hergestellt worden, das Material ist jedoch anscheinend bei dem geringen und schweren Verkehr, der auf dieser Straße herrscht, völlig unbrauchbar. Das Material wird, namentlich bei heißem Wetter, weich, jedoch ein Vorwärtsschleppen der Wagen oft unmöglich ist, es ist eine Schinderei für Tiere und Menschen. Die Behörden hatten nur niedrige Einfuhrwände für die Beschwerden der Interessenten übrig. Offenbar wurde sie falsch informiert. Es soll nun eine Massenbeschwerde an das Ministerium eingereicht werden, auch soll Minister v. Bodman ersucht werden, sich den Zustand selber mal anzusehen. Wie erbittert die Stimmung ist, geht daraus hervor, daß man sogar mit einem Streik der Fuhrwerksbesitzer und Fuhrunternehmer beim Stadtjubiläum nächstes Jahr drohte; man will die Fahrten nach Karlsruhe einstellen. Das wäre allerdings das Pferd am Schwanz aufgezäumt, wenn man die Stadt für die Sünden der Staatsbehörden büßen lassen wollte.

Landwirtschaftliches.

Bretten, 2. Juli. Die Maul- und Klauenseuche, die hier vor vier Wochen ausbrach, hat sich in unserem Amtsbezirk nur noch auf die Gemeinde Stein ausgedehnt und ist auch dort jetzt erloschen, nachdem in beiden Orten ganz energische Maßnahmen ergriffen worden sind, d. h. sämtliches in den besuchten Ställen befindliches Vieh wurde geschlachtet. Man hofft so am besten die Seuche zu bekämpfen. Es ist auch am das Ministerium das Gesuch gerichtet worden, den weiteren Viehmarkt wieder abhalten zu dürfen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 7. Juli.

Protest der Milchhändler.

Gegen den Plan der Stadtverwaltung, gemeinsam mit dem Lebensbedürfnisverein und dem freien Gewerkschafts-fartell eine Milchzentrale zu errichten, worüber heute im Bürgerausschuß beschlossen werden soll, fand gestern abend im Restaurant Fiegler eine Protestversammlung des Milchhändlervereins statt, zu der die Bürgerausschußmitglieder und die Stadträte neben den Milchhändlern eingeladen worden waren. Den Vorsitz führte Herr K. a. u. f. m. a. n. n. Referent war Herr G. a. s. s. i. n. g. e. r., der besonders hervorhob, daß der Gedanke zur Errichtung der Zentrale nicht von den Konsumenten käme, sondern von einer bestimmten an der Frage interessierten Gruppe von Leuten. Es müsse die Frage aufgeworfen werden, ob die Stadt in der Lage ist, mehr zu leisten als die Milchhändler. Die Mängel, die heute noch dem Milchhandel anhaften, könne die Stadt auch nicht beseitigen. Den Mängeln und Mißständen könne nur vermittels der Organisation zu Leibe gegangen werden. Schlechte Milch lasse sich auch mit den besten maschinellen Einrichtungen nicht in gute verwandeln. Die Hauptforderung der Konsumenten ist immer die, billige Milch zu erhalten, aber durch maschinelle Anlagen könne diese Forderung nicht entgegengekommen werden. Die Stadt werde sich mit der Milchzentrale die Finger verbrennen, denn mit der Milch könne nicht so kalkuliert werden, wie mit einem anderen Konsumartikel. Den Landwirten müssen Belehrungen erteilt werden, wie sie die Milch am vorteilhaftesten gewinnen können. Die Bürgerausschußmitglieder möchte er bitten, die Vorlage abzulehnen, da er nicht annehmen könne, daß sie wollen, daß die Milchhändler an die Wand gedrückt werden. Wenn aber die Vorlage trotzdem angenommen wird, so geschehe das gegen die Interessen derjenigen, die sich bisher um die Befriedigung der Bedürfnisse der Karlsruher Milchkonsumenten die größten Verdienste erworben haben. Den Ausführungen des Redners wurde lebhafter Beifall zuteil. Im Anschluß an das Referat verlas der Vorsitzende um die Unrentabilität und Unzumutbarkeit der Milchzentrale zu beweisen. Schriftliche aus Basel und Hamburg, sowie verdächtige Zeitungsartikel, die sich gegen die Kommunalisierung und Zentralisierung des Milchhandels wendeten.

Die anschließende Diskussion war eine sehr rege. Herr K. r. o. h. n. führte aus, daß der Gedanke einer Milchzentrale an sich lobenswert ist, ob aber dadurch die Milch verbilligt werde, sei eine andere Frage, auch könne die Stadt durchaus keine besseren Maschinen anschaffen, als sie die schon bestehende Milchzentrale hat. Um billiger schaffen zu können als die Milchhändler, müßte die Milchzentrale mindestens einen täglichen Abatz von 50 000 Liter Milch haben, aber sie habe es bis jetzt nur auf 4—5000 Liter gebracht. Die 2 Pfennige, die die Milch verbilligt wurde, seien restlos den Konsumenten zugute gekommen. Der Lebensbedürfnisverein und die beiden Banken, die sich an der Milchzentrale beteiligen wollen, treten der Zentrale nicht der schönen Augen der Konsumenten willen bei, sondern weil sie dabei ihren Nebbuch machen wollen. Wenn die Milchzentrale errichtet werde, so werde nicht der unehrliche, sondern der ehrliche Milchhändler geschädigt werden, er bitte deshalb die Stadtverordneten, die Errichtung der Milchzentrale abzulehnen. — Herr Stadtverordneter W. e. i. f. betont, daß die Behauptung, daß der Kleinhandel einwandfreie Milch liefern könne als eine Milchzentrale, nicht stichhaltig sei. —

Herr Gaffinger entgegnet Herrn Weiß, daß die Pasteurisierung der Milch nicht den Konsumenten zuliebe geschieht, und daß eine gesunde rohe Milch durch keine Maßnahme ersetzt werden könne. Herr Rechtsanwalt Heinsheimer macht die Mitteilung, daß die nationalliberale Fraktion die Vorlage ablehnen werde, nicht den Milchhändlern zuliebe, sondern weil in Karlsruhe zur Errichtung einer Milchzentrale kein Grund vorhanden sei. Es seien zurzeit in Karlsruhe keine erheblichen Beschwerden in der Milchversorgung zu konstatieren. Herr Langenbein steht auf dem Standpunkt, daß der Schlachthofdirektor Wapensdorfer die Denkschrift der Milchhändler nicht wiederlegt habe. Herr Stadtverordneter Köhlig betont, daß die Milch an der Produktionsstelle kontrolliert werden müsse. Wie kein Fleisch ohne behördliche Kontrolle den Konsumenten angeboten werden dürfe, ebenso sollte auch die Milch einer ständigen Kontrolle unterstellt werden. — Zum Schlusse wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Notwendigkeit der Errichtung einer städtischen Milchzentrale bekräftigt wird und die Stadtverordneten ersucht werden, die begünstigende Vorlage abzulehnen.

Aus dem Karlsruher Gewerbegericht.
Sitzung vom 1. Juli 1914.

Vorsitzender: Stadtrichter Reukum, Beisitzer: Buchbindermeister Hofmann und Schuhmacher Briege. Auf der Tagesordnung stehen 15 Streitfälle. Davon sind 8 Klagen außergerichtlich erledigt, eine wird verlagert behufs weiterer Beweiserhebung, in einem Falle wird die Klageforderung ohne Verhandlung anerkannt, ferner wird ein Verfallurteil erlassen. In den restlichen 9 Klagen wird die Verhandlung durchgeführt und werden 4 Urteile erlassen und 5 Vergleiche geschlossen.

Der Hausbuche Weber klagt gegen Wirtschaftspächter Martz auf 6,50 M. rückständigen Lohn. Weber, der aus der Strafhaft dorgeführt wird, hat dem Beklagten 2 Paar Stiefel entwendet und weiter verkauft. Die Sache kam nach einiger Zeit heraus, Weber erhielt eine mehmonatliche Gefängnisstrafe und Barth kam wieder in den Besitz seiner Stiefel, er hielt den rückständigen Lohn des Klägers für den ihm entstandenen Schaden zurück. Das Gericht erkannte die Handlungsweise des Barth als berechtigt an und wies den Kläger ab. — Das Mädchen Pischer klagt gegen den Wirt Pfeifer auf 16,10 M. rückständigen Lohn. Sie behauptet, entlassen worden zu sein, während Pfeifer erklärt, sie sei ohne Grund weggelaufen. Er will Widerlage erheben und beantragt außerdem, daß die Versicherungsbeiträge an dem Lohn aufgerechnet werden sollen. Auf dem Vergleichsweg erhält die Klägerin 8 M. — Hausdiener Guleunz klagt gegen das Papiergeschäft Firsich auf 23 M. rückständigen Lohn und Entschädigung wegen kündigungloser Entlassung, abzüglich 5 M. Vorbehalt. Nach der Darstellung des Beklagten ist der Kläger wiederholt unentschuldig von der Arbeit weggeblieben und nach wiederholter Verwarnung entlassen worden. Guleunz kann diese Darstellung nicht ganz entkräften, er wird mit seiner Klage abgewiesen. — Der Lehrling Maifisch, vertreten durch seinen Vater, klagt gegen die Süddeutsche Indufriegelgesellschaft G. m. b. H. auf 100 M. Entschädigung wegen vorzeitiger Lösung des Lehrverhältnisses. Die Firma liquidiert und kann daher den ordnungsmäßig aufgestellten Lehrvertrag nicht mehr erfüllen. Das Gericht erkennt den Anspruch des Klägers dem Sinn nach für richtig an, rät jedoch zum Vergleich, der auch vorbehaltlich der Zustimmung des Chefs der Firma dahingehend geschlossen wird, daß der Kläger 50 M. erhält. — Elektromonteur Nagel klagt gegen das Ingenieurbureau Meßger auf 25,18 M. rückständigen Lohn und Provision. Meßger will zwar Schadensersatzansprüche geltend machen, begründet dieselben aber so vag und unbestimmt, daß das Gericht damit nichts anfangen kann und den Klageanspruch durch Urteil dem Kläger im vollen Umfang anerkennt. — Fuhrmann Baumgartner klagt gegen Fuhrunternehmer Oberer auf 16 M. rückständigen Lohn. Er hatte bei freier Station 8 M. Wochenlohn. Der erste Wochenlohn wurde als Kaution zurückbehalten. Baumgartner will fortgeschickt worden sein, Oberer behauptet jedoch, der Kläger sei ohne Grund von der Arbeit weggeblieben und erhebt Widerlage auf Entschädigung, weil Kläger die bestehende Kündigungsfrist nicht eingehalten habe. Es wird Teilurteil erlassen dahingehend, daß dem Kläger der letzte Wochenlohn mit 8 M. ausbezahlt ist, die Widerlage wird verlagert und weitere Beweiserhebung beschloffen. (Wir wundern uns nur, daß Fuhrunternehmer Oberer zu solch rückständigen Arbeitsbedingungen noch Fuhrleute bekommt.) — Köchin Mittelberger klagt gegen Wirt Schumacher auf 7,50 M. rückständigen Lohn. Schumacher macht geltend, daß die Klägerin ohne Einhaltung der Kündigungsfrist die Stelle verlassen habe, ferner will er an der eingezahlten Lohnsumme die Versicherungsbeiträge in Abzug gebracht wissen. Auf dem Wege des Vergleichs erhält die Klägerin 5,50 M. — Schuhmacher Weidemann klagt gegen Schuhmachermeister Dohmeier auf Herausgabe von Werkzeugen und 10 M. Entschädigung für eine Woche, da Weidemann ihm angebotene Arbeit nicht habe annehmen können, weil er ohne Werkzeuge nicht arbeiten könne. Dohmeier macht geltend, daß das Werkzeug noch nicht ganz bezahlt sei und er dasselbe im Auftrag des betr. Lieferanten zurückbehalten habe. Nachdem ihm auseinandergesetzt worden, daß er rechtlich dazu nicht befugt sei, erklärt er sich im Vergleichsweg bereit, das Werkzeug herauszugeben und 7 M. Entschädigung an Weidemann zu zahlen. — Borarbeiter Fähler klagt gegen die Maschinenfabrik Wittmer auf 180 M. Entschädigung wegen kündigungloser Entlassung. Der Kläger, der in Forzheim wohnt, verspätete am letzten Montag morgen den Zug und kam dann mit einstufiger Verspätung im Geschäft an, worauf ihn einer der Mitinhaber der Firma schroff und herabwürdigend behandelte, so daß er sich als entlassen betrachtete. Nachdem der Vertreter der Firma die Erklärung abgegeben, daß der betr. Mitinhaber (ein jüngerer Sohn des Firmeninhabers) zur Entlassung gar nicht die Berechtigung gehabt hätte, vereinbarten sich Kläger und Beklagte dahin, daß der Kläger zu den bisherigen Lohnbedingungen (45 M. Wochenlohn) bis zum 11. Juli bei der Firma weiterarbeiten und auch die laufende Woche voll bezahlt erhält, wenn er spätestens bis Donnerstag 2. Juli morgens die Arbeit aufnimmt.

Frauenversammlung. Heute abend 7/8 Uhr findet im Nebenzimmer des „Dragoner“, Uhlandstraße, für die Genossinnen der Weststadt eine Mitgliederversammlung statt. Die Genossinnen werden gebeten, vollständig zu erscheinen, da sehr wichtige Fragen zu besprechen sind.

Fahnenweihe des Arbeiter-Gesangvereins „Freiheit“. Weiertheim. Der Arbeitergesangverein „Freiheit“ Weiertheim begeht nächsten Sonntag, 12. Juli das Fest seiner Fahnenweihe. Die Veranstaltungen nehmen um 11 Uhr morgens ihren Anfang; anschließend an den Weiheakt findet ein Konzert statt. Neben dem festgebenden Verein werden die im Konzertsaal bei Arbeiterveranstaltungen schon rühmlichst bekannten Solistinnen Frä. Elisabeth Gutzmann, Koloraturfängerin und Frä. Rosa Buchner, Soubrette aus Würzburg mitwirken. Die

Veranstaltung verspricht somit, da auch der Verein selbst durch seine guten Leistungen bestens bekannt ist, den Gästen und sonstigen Konzertbesuchern einen schönen künstlerischen Genuß.

Kleinlich zeigt sich auch diesem Arbeitergesangverein gegenüber wieder die Stadtverwaltung Karlsruhe. Der Verein beabsichtigte, um seinem Feste auch einen schönen äußeren Rahmen zu geben, und auch den zahlreich von auswärts erscheinenden Brudervereinen zu Ehren, den Ort schön zu schmücken u. a. auch durch Aufstellung von Fahnen. Er glaubte mit Recht einen Anspruch auf einiges Entgegenkommen durch die Stadtverwaltung zu haben, zumal auch andere Vereinigungen von der Stadt jedmögliche Unterstützung erhalten und auch weiterhin Weiertheim bei der Eingemeindung über 20 Stangen mit Wimpeln mitgebracht hat. Allein die Stadtverwaltung kannte kein Entgegenkommen, sie verlangte 5 M. für die Stange mit Wimpel, außerdem sollte der Verein die Kosten der Aufstellung durch das Hochbauamt tragen. Der Verein verzichtete auf dieses Entgegenkommen. Die Arbeiterfänger werden sich ja durch solch ein Verhalten für das Wiederum der Oberbürgermeister verantwortlich zu machen ist, das Fest nicht verderben lassen. Es wird ihnen sicher auch so in Weiertheim gefallen, mögen sie, sowie die übrige Arbeiterschaft recht zahlreich zu dem Feste erscheinen, ein herrlicher Empfang wird ihnen gewiß sein. Und unserer Bewegung zu Ruh, unseren Feinden zu Trutz, so muß es auch nach dem Verlauf dieses Festes heißen.

Hoftheater. Mit Beginn der kommenden Spielzeit, die am Donnerstag, 10. September, eröffnet werden wird, treten in den Verband des Hoftheaters ein: die jugendlich-dramatische Sängerin Grete Fingler vom Stadttheater in Tübingen, die hochdramatische Sängerin Sofie Palm-Gröde vom Hoftheater in Stuttgart und die Schauspieler Georg Hofmann vom Hoftheater in Reutlingen, Viktor Lauter von den Vereinigten Stadttheatern in Graz, und Paul Pajchen, zuletzt am Leffingtheater in Berlin. In der letzten Zeit der zu Ende gehenden Saison sind als neue Mitglieder bereits aufgetreten: der Bassist Gottfried Hagedorn vom Stadttheater in Elberfeld und der Heldentenor Josef Schöffel vom Stadttheater in Lübeck.

2. Karlsruher Ruderregatta. Am Sonntag veranstaltete die Karlsruher Regatta-Vereinigung, unter welchem Namen sich die beiden hier bestehenden Rudervereine zusammen getan haben, ihre 2. Ruderregatta. Eine zahlreiche Zuschauer-schar wohnte an beiden Seiten des Städtkanals den interessanten Rennen bei, von den Willigen Plätzen aus war der Wettkampf fast ebenso gut zu beobachten, wie von den Tribünen aus. Die Rennstrecke, 2000 Meter lang mit vollkommen ruhigem Wasser, wird von den Ruderern als ideal bezeichnet, nur schade, daß sie zu schmal ist, so daß zu gleicher Zeit nur drei Boote starten können. Es mußten deshalb Abteilungsrennen stattfinden bei den Rennen, zu denen mehr als 3 Boote gemeldet waren. In dem Bortrubern, 18 Rennen waren gemeldet, 14 wurden ausgetragen, waren 26 Vereine mit 91 Booten und 430 Ruderern beteiligt. Aus Berlin, München, Frankfurt, Straßburg, Stuttgart, Konstanz, sowie auch natürlich aus der näheren Umgebung, Mannheim, Speyer, Heidelberg, Raibitz waren Vereine gemeldet und erschienen. Die Veranstaltung verlief im Ganzen glatt und programmäßig. Der Kampf zwischen den einzelnen Booten war durchaus ein sehr scharfer, meistens waren die Siege nur sehr knapp erfochten. Am besten schnitt der Ruderverein Karlsruhe ab, der drei Rennen gewann, die „Amicitia“-Mannheim wurde 2mal Sieger, „Sturmwogel“-Karlsruhe ebenfalls 2mal; je einen ersten Platz sicherten sich die Straßburger Ruderregatta, der Frankfurter Ruderverein, der akademische Karlsruher Ruderklub Karlsruhe, „Altenania“-Karlsruhe, Ruderregatta Wilmberg-Berlin, Heidelberg Ruderregatta, Mannheimer Ruderklub und Offenbacher Ruderverein. — Um 7 Uhr hatte die sportliche Veranstaltung ihr Ende erreicht.

Der Kinderhilfsfest brachte die Summe von 4330 M.
Von der Höheren Mädchenschule. Der Direktor des Neuschulmannsiums in Forzheim, Baumann, wurde zum Direktor der Leffingschule, Höhere Mädchenschule mit Mädchenschulmannsium hier, ernannt.
Verlehrsströmung. Freitag nachmittag brach in der westlichen Kriegstrasse an einem mit Eisen beladenen Lastwagen das rechte Hinterrad, was zur Folge hatte, daß ein die Kriegstrasse passierender Lokalbahnzug nahezu eine halbe Stunde anhalten mußte.
Unfälle. Am 3. d. M., vormittags 10 Uhr, erlitt ein 48 Jahre alter Tagelöhner aus Anielingen auf einem Lagerplatz in der Hochbahnstraße im städtischen Rheinhafen dadurch einen Unfall, daß er beim Zusammenklappen zweier Eisenbahnwagen zwischen die Räder kam und sich eine schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzung zuzog, die seine Überführung in das städtische Krankenhaus nötig machte. — Beim Abmontieren eines Dreiradwagens an der Straße „Am Stadthaus“ führte Freitag vormittags infolge eines Kettenbruchs das obere größere Gestell herunter und durchschlug die neue Stadtgartenmauer in der Nähe des künftigen Stadthausneubaus. Menschen kamen dabei nicht zu Schaden.
Diebstahl. Am 6. I. M., früh 12 1/2 Uhr, wurde einem Kaufmann von hier, während er auf einer Bank im Hardtwald in der Nähe der Westendstraße schlief, seine silberne Taschenuhr nebst Kette im Werte von 10 M., sowie ein schwarzlederener Geldbeutel mit 1,10 M. Inhalt entwendet.

Neues vom Tage.

Folgenstwere Unbesonnenheit.
Spandau, 6. Juli. Gestern nachmittag wurden durch die Verührung einer Hochspannungleitung bei dem Gute Bornim fünf Personen getötet und sechs verletzt. Ueber das Unglück bei Bornim schreiben die Wäiter: Durch einen Zufall riß einer der Drähte der Ueberlandzentrale und fiel zur Erde. Durch den lauten Knall wurden Arbeiter herbeigeloct, die in dem Glauben, sie könnten sich elektrifizieren, eine Kette von elf Mann bildeten. In dem Augenblick, als der erste an der Kette den Draht ergriff, kam dieser mit einem der anderen Drähte in Verührung. Die elf Mann stürzten sofort besinnungslos zu Boden. Bei fünfzehn konnte nur noch der Tod festgestellt werden. Die sechs anderen wurden nach stundenlangen Bemühungen ins Bewußtsein zurückgerufen, doch sind mehrere von ihnen so schwer verletzt, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Die Toten haben an den Händen und am ganzen übrigen Körper schwere Brandwunden.

Zum Attentat in Serajewo.

Die Hoffnung der Habsburger auf die Bajonette.
Wien, 4. Juli. Der Kaiser erließ heute einen Armee- und Flottenbefehl, in dem es u. a. heißt: Erzherzog Franz Ferdinand ist einem verabscheuungswürdigen Attentat auf sein Leben erlegen und ich beklage in tiefgefühlter Trauer im Verein mit meiner aeltemen bemakneten Macht den

Bereuigen, dessen letzte Tüchtigkeit noch der Erfüllung der ihm teueren militärischen Pflicht gegolten hat. Wir beugen uns in Demut dem unerforschlichen Willen des Allmächtigen. Dennoch entschlage ich mich nicht der Hoffnung auf eine gedeihliche Zukunft, überzeugt, daß die Monarchie in der todesmutigen Hingebung der Wehrmacht Oesterreich-Ungarn ihren sicheren Fort finden wird.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer Krankenkassenkonflikt.
Berlin, 6. Juli. In der Ortskrankenkasse des Kreises Niederbarnim ist ein schwerer Konflikt zwischen der Kassenverwaltung und den Kassenärzten ausgebrochen. Sämtliche der kassenärztlichen Vereinigung angehörenden Aerzte haben mit dem heutigen Tage ihre Tätigkeit eingestellt. Es handelt sich insgesamt um 118 Aerzte, die sich ihren Verpflichtungen der Kasse gegenüber heute entledigt haben.

Französischer Bergarbeiterkongreß.

Paris, 6. Juli. In Denain fand ein Kongreß des Bergarbeiterverbandes statt, der sich insbesondere mit dem Achtstundentag beschäftigte und beschloß, alle parlamentarischen Mittel anzuwenden, um die ungeschmälerte Durchführung des Achtstundentages durchzusetzen. Der Deputierte Wasly teilte im Auftrage des Kongresses dem Arbeitsminister telegraphisch mit, daß er übermorgen eine Interpellation über die Anwendung des Gesetzes über den Achtstundentag einbringen werde.

General-Streit gegen den Krieg.

Paris, 6. Juli. Der Kongreß des sozialistischen Verbandes des Seine-Departements beschloß mit 364 gegen 68 Stimmen, daß er dem nächsten internationalen sozialistischen Kongreß einen Beschluß vorlegen werde, in dem der allgemeine Streik und namentlich der Streik in den für die Armeee tätigen Industrien als das wirksamste Mittel gegen den Krieg empfohlen wird.

Paris, 6. Juli. Der Kongreß der Vereinigten Sozialisten nahm eine Tagesordnung an, die eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland auf Grund der Verleihung einer unabhängigen Verfassung an Elsaß-Lothringen dringend empfiehlt.

Die Wahlen in Mexiko.

Newyork, 6. Juli. Nach den aus Mexiko hier eingetroffenen Meldungen haben die gestern in den unter Cuertass Einfluss stehenden Landesteilen stattgefundenen Wahlen Cuertass Wiederwahl zum Präsidenten und die Wahl des Kriegsministers zum Vizepräsidenten ergeben. Die bisherigen Senatoren und Abgeordneten wurden einstimmig wiedergewählt. Die Konstitutionalisten haben den Vorwarsch auf Cuertass begonnen.

Wasserstand des Rheins.

St. Susterseel 8,05 m, gef. 1 cm, Rehl 8,72 m, gef. 8 cm, Moxau 5,62 m, gef. 3 cm, Mannheim 5,13 m, ael. 13 cm.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Adel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiter-Sportklub) Umständlicher findet die nächste Sitzung am Donnerstag den 8. Juli, abends 8 Uhr, in der „Sambirushalle“ statt, wozu alle Kommissionsmitglieder zu erscheinen haben. 2199

Statt jeder besonderen Anzeige.
Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Frau und Mutter

Karoline Kubn
schnell und unerwartet, infolge eines Herzschlages, im Alter von 41 Jahren, heute vormittag 10 Uhr gestorben ist.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Karl Kubn und Kinder.

Durlach, den 6. Juli 1914. 2198
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 4 Uhr statt. — Trauerhaus: Elektrisches Werk, Durlach.

Sozialdem. Partei.
10. bad. Reichstagswahlkreis-Verein
Karlsruhe-Bruchsal.

Hierdurch berufen wir eine

Wahlkreis-konferenz

auf Sonntag, den 16. August, vormittags 9 Uhr, nach Karlsruhe, in das Gasthaus „Auerhahn“, Schützenstr. 68 ein.

Tagesordnung:

1. Kassens- und Vorstandsbericht.
2. Organisation und Agitation.
3. Stellungnahme zum deutschen Parteitag.
4. Aufstellung von Kandidaten zur Wahl von Delegierten zum Parteitag.

Wir erziehen unsere Parteigenossen sich auf der Konferenz bertreten zu lassen.

Der Kreisvorstand.

NB. § 4: 2198
b) Zu den Wahlkreis-konferenzen entsenden: Mitglieder bis zu 50 Mitgliedern zwei, bis zu 100 Mitgliedern drei Delegierte. Auf je weitere 100 Mitglieder entfällt ein Delegierter.
c) Die Delegationskosten sind von den Ortsvereinen zu tragen.
e) Mitglieder, welche Anträge zur Konferenz stellen wollen, haben dieselben 8 Tage vor der abzuhaltenden Konferenz dem Vorstand einzulegen.

Pfannkuch & Co
Ein Waggon
Holländer
Schlangengurken
Et. 12 u. 15
Einige Waggon
Staliener
Kartoffeln
gelbe
Salat-Kartoffeln
3 Pfund 20
10 Pfund 65
Neue Holländer
Vollheringe
per Stück 10 Pfg.
Der letzte Waggon
Malta-Zwiebeln
Pfund 18 Pfg.
Der 1. Waggon
Pfälzer Zwiebeln
Pfund 12
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekanntesten
Verkaufsstellen.

Wegen vorgerückter Saison
werden sämtliche
Reftbestände
in besseren
Herren-Kleiderstoffen 1545
enorm billig abgegeben.
Sehr lohnend f. Wiederverkäufer.
Kaiserstraße 133, 1 Treppe
Ede Kaiser- und Kreuzstraße.

Grammophone
werden in eigener Spezial-
werkstatt fachgemäß und
billigst repariert.
Wilhelm Zähringer
Spezial-Grossist
für Musik-Apparate und
Schallplatten
Karlsruhe i. B., Barnhardstr. 9
Fernsprecher 8248.

Offetiere seit 1914 ex
Ital. Hüner. Beste
Herleger der Welt.
Verlangen Sie Katalog
anionsf. S. Zähringer, Dain-
stadt Nr. 77, Baden. 742
Volks-Schuhreparatur
36 Waldhornstraße 36
Ede Margrafenstraße
früher Zähringerstraße 19,
fertigt sämtliche Arbeiten in bes-
kannter guter Qualität.
Herren-Sohlen und Absätze
Mark 3.00
Damen-Sohlen und Absätze
Mark 2.10.
Auf jede Reparatur kann ge-
wartet werden. 741
Betrag. **Schuh- u. Kleider**
zu verkaufen zu billigen Preisen.
L. Bermann 1178
Marfarastr. 4

Solange Vorrat!
Schuhwaren
Damen-Halbschuhe, Chromleder,
Schnür- und Knopfschuhe, mit
Lackkappen, schwarz oder braun
jetzt Paar **5⁹⁰**
Damen-Halbschuhe, Lack, schwarz
u. braun Chevreaux, Boxcalf, mod.
Ausführung, auch mit Lederriemen
jetzt Paar **7⁵⁰**
Damen-Stiefel, Rindbox, mit
Lackkappe, hübsche Formen
jetzt Paar **6⁹⁰**
Auf Extratischen: **Einzelpaare**
Damen- und Herrenstiefel, un-
sortiert . . . Serie I jetzt Paar **4⁷⁵**
Auf Extratischen: **Einzelpaare**
Damen- und Herrenstiefel, un-
sortiert . . . Serie II jetzt Paar **6⁷⁵**
Damen-Halbschuhe, schwarz und
braun, Boxcalf, Chevreaux-u. Lack-
leder, auch mit Lederriemen, mod.
Form, sämtl. Goodyear-Welt jetzt
10⁵⁰
Damen-Stiefel, Original Goodyear-
Welt, schwarz und braun, Boxcalf
und Chevreaux . . . jetzt Paar **10⁵⁰**
Damen-Halbschuhe und Stiefel
schwarz und farbig, neue moderne
Formen jetzt Paar **13⁷⁵**

Haus- u. Reiseschuhe, Melton, in div. Farben
Größe 24-29 30-35 36-42 43-47
jetzt Paar 65,5, 75,5, 85,5, 95,5
Leder-Haus- und Reiseschuhe, mit fester Sohle
und Absatzleck oder mit biegsamer Sohle,
schwarz und braun für Herren jetzt Paar 2,95
für Damen jetzt Paar 2,50
Kinderstiefel, breite Boxstiefel 25/26 jetzt Paar 2,95
Kinderstiefel, breite Boxstiefel 27/30 jetzt Paar 3,75
Kinderstiefel, breite Boxstiefel 31/35 jetzt Paar 4,25
Kinder-Schnür- und Knopfstiefel, schwarz
und braun, unsortiert 31/35 . . . jetzt Paar 4,75
Kinder-Schnürstiefel, schwarz und braun,
18/22 jetzt Paar 1,35
Kinder-Schnürstiefel, schwarz und braun,
mit Fleck 20/22 jetzt Paar 1,75
Kinder-Schnürstiefel, schwarz und braun
mit Fleck 23/24 jetzt Paar 2,45
Kinder-Schnürstiefel, beige, braun, grau,
rot, auch mit Lackbesatz, wunderbare
Ausführung auch mit Stoff-Einsätzen 21/24
jetzt Paar 4,75
Kinder-Schnürstiefel, beige, braun, grau,
rot, auch mit Lackbesatz, wunderbare
Ausführungen 25/26 jetzt Paar 5,50

Sportschuhe 15% Rabatt
wie Berg- und Touristenstiefel
Tennisschuhe jetzt mit
Herrenstiefel, Rindbox, sehr halt-
bar, hübsche Sonntagstiefel
jetzt Paar **7⁹⁰**
Herren-Knopf- und Schnür-
stiefel, mit Lackbesatz
jetzt Paar **7⁵⁰**
Herren-Halbschuhe und Stiefel
Chevreaux und Boxcalf, auch mit
Doppelsonnen, schwarz und braun,
neue moderne Formen jetzt Paar **13⁷⁵**
Reise-Schuhe, aus Saffianleder
oder Lack, mit und ohne Etui
jetzt mit **20%**

Im Lichthof unseres Hauses
Gratis-Schuhputzen
mit Nugget-Crème
durch einen Neger.
2184
KNOPF.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Karlsruhe.
Hierdurch laden wir unsere Kollegen zu einem
Ausflug
auf Sonntag den 12. Juli freundlichst ein.
Abfahrt in Karlsruhe 5³⁰ Uhr nach Mühl. von dort 6³⁰ nach
Oberital, dann zu Fuß über Gertelsbachfälle, Hornsgründe,
Mummelsee, Ottenhöfen. Zurück mit der Bahn von Ottenhöfen
6³⁰ Uhr, Karlsruhe an 9³⁰. Gehzeit 6 Stunden.
Mundvorrat für den ganzen Tag mitbringen. Fahrpreis
beträgt 2,70 Mk.
Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.
Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehre ich
mich zu einer öffentlichen Versammlung auf
Dienstag, den 7. Juli ds. Js., nachmittags 3 Uhr,
in den großen Rathsaussaal ergebenst einzuladen.
Tagesordnung
(Rest der Tagesordnung für die Sitzung vom 29. v. Mts):
1. Pflasterung mehrerer Straßen (Vorlage 43).
2. Pflasterung der Karl-Wilhelmstraße (Vorlage 58).
3. Herstellung der Gartenstraße zwischen Kriegs- und De-
viensstraße (Vorlage 60).
4. Vergleich mit der Gemeinde Knielingen über Entschädi-
gung für Gemerkungsabtreitung (Vorlage 52).
5. Herstellung der Straße „Am Festplatz“ und der Rath-
straße zwischen Ritter- und Karlstraße (Vorlage 55).
6. Herstellung von Straßen im Weiheräcker-Gebiet (Vor-
lage 48).
7. Ankauf des Anwesens Garbstraße Nr. 7 (Vorlage 47).
8. Verkauf der Grundstücke Lgh. Nr. 4769a und 5138b, Ede
Garb- und Kanonierstraße, an den Reichs-(Militär-)
Fiskus (Vorlage 45).
9. Herstellung der Verchenstraße zwischen der Rheinstraße
und der Nordgrenze des Grundstücks Lgh. Nr. 5061d
(Vorlage 57).
10. Erbauung einer Turnhalle und eines Löffgeräteschuppens
im Stadtteil Mühlheim (Vorlage 51).
11. Errichtung einer Milch-Zentrale (Vorlage 49).
12. Ankauf von Grundstücken im Gewann Oberfeld (Vor-
lage 56).
13. Erweiterung der Betriebseinrichtungen des Rheinhafens
(Vorlage 59).
14. Ankauf der Müppurrer Mühlen (Vorlage 61).
Karlsruhe, den 1. Juli 1914. 2123
Der Oberbürgermeister:
Siegfried Racher.

la. Kunst-Speise-Fett
Angenehmster und billigster Butterersatz
zum Braten, Kochen und Backen.
In allen Filialen stets frisch erhältlich. 2005
Das Pfund zu **65 Pfg.**
5 Pfd.-Dose per Pfd. 60 Pfg.; 10 Pfd.-Elmer per Pfd.
58 Pfg.; 20 oder 40 Pfd.-Elmer per Pfd. 56 Pfg.
: Grosser Versand nach auswärts. :
Gebrüder Hensel, Hoflieferanten, Karlsruhe i. B.

Städtisches Vierordtbad.
Gründlicher Schwimm-Unterricht
wird erteilt an Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechts.
Preis für Erwachsene 10 Mark.
1830 Preis für Kinder 6 Mark.

Carl König
Dentist
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
Telephon 2451.
Künstliche Zähne, Plombieren,
Zahnziehen. 2885

*Aus im Quieta-Vortrag
mugvollam Quieta-Kraft.
trunk ist wirklich wun-
zünftig. Wenn ein-
pouft nicht infam will,
warlungt immer neuwif
im wir vlla Arinken
ifu jetzt zum Kräftink
im Abend.*
Quieta-Krafttrunk (Nährsalzbananen-
salz) Dosen M. 1.- und 2.-, Paket
M. 2.25. Erhältlich in allen Geschäften.
Händler behalte durch Quieta-Werke 200-111.
QUIETA

Pfannkuch & Co
Heute
eingetroffen:
Frische
Kirschen
Pfd. 17 Pfg.
an 2200
Stachelbeeren
Pfd. 20 Pfg.
Tomaten
Pfd. 18 Pfg.
Frische
Bohnen
Pfd. 20 Pfg.
Bananen
Pfd. 32 Pfg.
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekanntesten
Verkaufsstellen.

Sommertheater.
Dienstag den 7. Juli 1914
abends 8¹⁵ Uhr 2186
„Die Kinokönigin.“
Operette in 3 Akten von
Konowitski und Freund
Musik von Jean Gillet.
Mädchen echtes, junges
welches zu Haus
schlafen kann, gelucht.
Weichenstraße 16.

Stubenvogel
haben fast alle Vögel,
welche nicht nur lästig,
sondern auch sehr ge-
fährlich sind; sie verur-
sachen das Ausfallen der
Eier, Katarakte, Ab-
gehung der Vögel usw.
Die Folge ist, daß ein
guter Sänger nicht mehr
singt. Dieses ist zu be-
seitigen od. vorzubeug. d.
Ertur-Vogelband
Ertur 25 Pfg. Zu
haben in den Drogerien
u. Samenhandlungen.
Engros: E. Frohmüller
Ind. J. Klästerer,
Groß-Hof, Karlsruhe
Erturstr. 32. 2194

Gegen **Zahnschmerz**
Blasscolin
in die **Ohren.** Erhältlich
in allen Apotheken u. Drogerien.
Für Arbeiter!
Vorzüglicher Mittags- (60 S.)
und Abendisch (60 S.). 2028
Ludwig-Wilhelmstr. 10, IV.
Herde, Oesen, Gasherde,
Küchen- u. Haushaltungs-
Artikel, Glas- u. Porzellan-
Waren
kauft man immer noch am
besten und billigsten bei
Ernst Marx
45 Luisenstraße 45
Telephon 3086.
Schönes lustiges
Nebenzimmer
ca. 70 Personen fassend, ist noch
einige Abende frei. ff. Schrenk-
sches Bier, anerkannt gute
Küche zugeföhert. 2110
„Wacht am Rhein“
Gartenstraße 2.

Saison-Räumungs-Verkauf

umfasst alle Abteilungen, und gewähre ich auf sämtl. nicht zurückgesetzten Artikel ohne Ausnahme

doppelte Rabattmarken = 10% Rabatt.

Auf Reste 20% in allen Abteilungen.

Kein Umtausch. — Verkauf nur gegen bar. — Keine Auswahlen.

Christ. Oertel

Kaisersstrasse 101-103. Filiale: Werderplatz 48.

Beachten Sie meine 5 Schaufenster. 2191

Festordnung

zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. Hoh. des Großherzogs Friedrich II.
Donnerstag, den 9. Juli 1914.

- Mittwoch, den 8. Juli ds. Js.
Abends 8 1/2 Uhr: Gartenfest im Stadtgarten, bei ungünstiger Witterung Bankett im kleinen Festhallsaal, veranstaltet von der Bürgerchaft.
- Abends 8 Uhr: Kapfenstreich der Garnison vom Kaiser-Denkmal aus durch die Kaiser- und Karl-Friedrich-Strasse, anschließend Musikaufführungen vor dem Großherzogl. Schloß.
- Donnerstag, den 9. Juli (Festtag): Beflaggung der Stadt.
Morgens 6 1/2 Uhr: Beden vom Mühlburger Tor aus.
Morgens 6 1/2 Uhr: Festgelaute. Abgabe von 101 Kanonenschüssen auf dem Lauterberg durch die Freiwillige Feuerwehr.
Morgens 7 Uhr: Choralmusik vom Turm der Evangelischen Stadtstraße.
Vormittags 9 bis 11 Uhr: Festgottesdienste.
Vormittags 11 1/2 Uhr: Parade der Garnison zu Fuß auf dem Schloßplatz. Salutschießen auf dem „Engländer-Platz“. Festkonzert im Stadtgarten (nur bei günstiger Witterung).
Nachmittags 2 Uhr: Festsessen im großen Saale des Museums.
Nachmittags 4 und abends 8 Uhr: Festkonzerte im Stadtgarten (bei ungünstiger Witterung im kleinen Festhallsaal).
Abends 7 Uhr: Festvorstellung im Großherzoglichen Hoftheater.
- Sonntag, den 12. Juli
Nachmittags von 3 Uhr an: Festhießen der Schützengesellschaft mit anschließendem Bankett im Schützenhaus. 2189

Karlsruhe, den 8. Juli 1914.
Der Stadtrat: Siegrift. Sacher.

Eine weit bekannte Tatsache ist, dass ich in meinem

Inventur-Verkauf

mit erstklassiger Ware und billigsten Preisen 2187

die grössten Vorteile biete.

Dauer des Inventur-Verkaufs vom 6. bis 20. Juni 1914 mit **10** Prozent Rabatt.

Doppelte Rabattmarken.

Karl Holzschuh

Spezial-Weißwaren-Geschäft

Werderplatz 48. Werderplatz 48.

Bei Adams Zeiten war's doch schön,
Man brauchte keine Kleider,
Dazu noch sparte man viel Geld
Auch Schuster und den Schneider.
Aber heut' zu Tag ist's ja modern
Sich hübsch und schön zu machen
Spielt keine Not für Damen und Herrn
Mit **Weintraub's** guten Sachen.
Man kann einhergehen stolz und fein
Auch trinken einen Traubenwein.
Fürwahr, die Kleider machen Spass,
Vom Weintraub in der **Kronenstr.**
Die Hausnummer ist **52**
Drum gehe hin, da kaufst du günstig. 2187

Durlach.
**Schuhmacherei-
Werkstätte**
Pflanzstraße 25, Ecke Adlerstr.
und Pflanzstraße 58, bei der
Gerberstr. empfiehlt sich bestens.
2196 **Jakob H.**

Verloren wurde Donnerstag ein Portemonnaie. Inhalt Bargeld und gold. Anhänger. Das Geld wollte man als Finderlohn behalten. An- hänger abgegeben 2201 **Kaiserstr. 111, 6. Stod.**

Lehrling 2178 der Lust hat, sich im Klavierbau gründlich auszubilden, zu sofort. Eintritt gesucht. **Chr. Stöhr,** Pianofabrik, Karlsruhe, Ritter- straße 11. Telefon 3397.

Morgenstr. 51, 1. St., ist ein gut möbl. Zimmer mit Kaffee für 18 Mark sofort zu vermieten. 2173

Karl Wilhelmstr. 36, 4. St. L., ist ein möbliert. Zimmer sofort zu vermieten. 2190

Rabatt-Sparverein

Karlsruhe.

Neu eingetreten in unseren Verein sind:

- Uhren u. Goldwaren:** A. Moraller, Amalienstrasse 69.
- Herren-Artikel:** W. Rinkler, Kaiserstrasse 126.
- Tee, Confituren etc.:** M. Rabe, Amalienstrasse 14b.
- Herren-Konfektion:** Mees & Löwe, Kaiserstrasse 46.
- Posamenten:** A. Sauer Nachf., Inh.: Ida Thoma, Kaiserstrasse 229.
- Kolonialwaren-** E. Riffberger, Lindenplatz 6.
- Geschäfte:** Anna & Frieda Schnurr, Grenzstr. 2.
Willy Artur Groß, Waldhornstr. 48.

Diese Geschäfte sind durch unsere Mitgliederschilder kenntlich und gewähren **bei Einkäufen** gegen Barzahlung **unsere Rabatt-Spar-Marken.**
2185 **Der Vorstand.**

„Wer ein Volk kennen lernen will muss es bei der Arbeit sehen.“

Die 9 japanisch. Kunsthandwerker

bieten hierzu Gelegenheit. 2195

Verlängert bis Samstag, den 11. Juli 1914.

Im 2. Stock: Große Ausstellung und Verkauf **japanischer Textilwaren.**

Hugo Landauer Karlsruhe

Moden- und Aussteuerhaus.

VIATOR

Deutsche Industrie, solide, tragfähige Qualität per Anzug 3,25 Meter, Netto Casso

Einheitspreis **20** Mark

Wilh. Wolf jr.
Kaiserstrasse 82a.
Engros-Tuchabteilung. Eingang Lamstr.

Arbeitsvergebung.
Zum Schulhausneubau im Stadtteil Daxlanden sind nachstehende Arbeiten zu vergeben:
1. Mauerarbeit,
2. Dachdeckerarbeit,
3. Fassadenputz (terra-nova),
4. Verputzarbeit (Innenputz)
Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrich-Strasse Nr. 8, Zimmer Nr. 189, abgeholt und eingesehen werden.
Dasselbst sind auch die Angebote, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens **Mittwoch, 15. Juli 1914, vormittags 10 Uhr,** einzureichen. 2188
Karlsruhe, den 4. Juli 1914.
Städt. Hochbauamt.

Verkaufe und Kaufe fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Rahmgebisse, Pfand- sachen, Möbel, Reiselöffel.

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy Warfaratenstr. 22. Tel. 2015.

1 Fahrrad zu verkaufen. Bernhardtstr. 1, 4. Stod. 18.

Drucksachen fertigt an Buchdruckerei Volksfreund.

Junnes Mädchen für tags- u. Nachts über für Haushalt auf sofort gesucht. Schützenstraße 27, 1. Stod.